

6. Energiegesetz, Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

Antrag der Redaktionskommission vom 5. Dezember 2024

Vorlage 5921b

Christa Stünzi (GLP, Horgen), Präsidentin der Redaktionskommission: Auch diese Vorlage hat die Redaktionskommission eingängig geprüft. Die Änderungen werde ich nun etwas detaillierter ausführen, da sie dieser Ausführungen bedürfen. In Paragraph 8g Absatz 7 haben wir das Wort «langfristig» gestrichen. Dieses Wort ist missverständlich, da es im Kanton nur eine Klimastrategie gibt und nicht zwei. In der Redaktionskommission waren jeweils sowohl das Kommissionspräsidium der vorberatenden Kommission wie auch die Verwaltung mit anwesend. Wir haben diese Änderung mit allen Beteiligten diskutiert und sind zum Schluss gekommen, dass diese Änderung dem Kommissionswillen entspricht und die nötige Klärung herbeiführt. Entsprechend liegt keine materielle Änderung vor, und wir konnten diese Änderung redaktionell vornehmen.

In Paragraph 81b haben wir zur besseren Verständlichkeit und Leserlichkeit die Ziffern 1 und 2 aufgehoben und diese in einen Fliesstext gegossen. Diese Änderung sieht nach viel aus, ist jedoch einfach eine andere Darstellung und dient der Lesefreundlichkeit sowie der besseren Gliederung. Dies ist ebenfalls eine redaktionelle Änderung und kann entsprechend durch die Redaktionskommission vorgenommen werden.

Zum Schluss noch eine Bemerkung: Wenn es Ihnen aufgefallen ist, dann haben Sie gemerkt, dass in vielen Redaktionsvorlagen römisch IV durch die Redaktionskommission gestrichen wurde, römisch IV, «Mitteilung an den Regierungsrat». Diese Änderung ist darin begründet, dass entschieden wurde, dieses Dispositiv in Zukunft wegzulassen. Die Redaktionskommission ist jedoch immer wieder darüber gestolpert, da dies offensichtlich noch nicht überall angekommen ist. Entsprechend haben wir bei allen Vorlagen, wo diese Änderung noch nicht vorgenommen wurde, diese redaktionell nachgeholt. Ich danke für die Kenntnisnahme.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Ich muss vorausschicken, dass ich ein bisschen enttäuscht bin, dass sich dieser quickfidele Verein, der sich draussen (*zu einer Demonstration*) zusammengefunden hat, jetzt nicht auf der Tribüne eingefunden hat. Die sind offenbar alle schon nach Hause gegangen. (*Zwischenrufe*) Ein Teil davon ist hier. Ich begrüsse Sie herzlich.

Wir haben die inhaltlichen Eckpunkte dieses Gesetzes schon in der ersten Lesung sehr ausführlich besprochen. Dennoch erlaube ich mir, mich hier nochmals an den versammelten Rat zu wenden und auszuführen, weshalb wir heute die nötige Anzahl Unterschriften einreichen werden, um hier das Referendum zu ergreifen.

Das Schweizervolk hat im Sommer 2023 ein Klimaziel ins Gesetz geschrieben, Klimaziel Netto-Null 2050. Die SVP akzeptiert dies. Wir haben dagegen angekämpft, da wir der Meinung sind, dass dies nicht erreichbar ist. Wir sind nach wie vor dieser Meinung, Netto-Null 2050 ist eine Herkulesaufgabe, die unser Land

kaum schaffen wird. 2050 ist noch lange hin; das sind 25 Jahre. Da kann jetzt jeder sagen, «ja nu», «schauen wir mal», und wenn es dann nicht klappt, kann man sich immer noch irgendwann umentscheiden und vielleicht neue Entscheide treffen.

Was Sie aber hier in diesem Gesetz gemacht haben, ist, Sie haben dieses ohnehin schon äusserst ambitionierte Klimaziel 2050 – ich erinnere daran, letztes Jahr wurde weltweit so viel fossile Energie verbraucht wie noch nie –, dieses äusserst ambitionierte Klimaziel haben Sie noch einmal nach unten korrigiert gegen den Willen ihres eigenen Regierungsrates von 2050 auf 2040. 2040, das sind keine 15 Jahre mehr. Ich habe mal 15 Jahre zurückgeschaut, Januar 2010. Ich weiss noch ziemlich gut, was ich damals gemacht habe. Gut ein Dutzend unserer Ratskollegen waren damals schon im Rat. 15 Jahre sind also eine nicht allzu lange Zeit. Bis in 15 Jahren dürfen nun also alle Bewohnerinnen und Bewohner des Kantons Zürich kein benzin- oder dieselbetriebenes Auto mehr fahren; es darf keine einzige Öl- oder Gasheizung mehr irgendwo in einem Gebäude sein, auch nicht in irgendeinem denkmalgeschützten Gebäude; es dürfen auch keine Flüge mehr stattfinden. Also, wenn Sie es wirklich ernst meinen mit diesem Klimaziel Netto-Null 2040, dann darf niemand mehr ab Zürich Kloten in die Ferien fliegen, es gibt auch keine Transportflüge mehr, kein Rega-Helikopter (*Rettungsflugwacht*) darf mehr starten, denn Sie wissen alle genau so gut wie ich, dass bis in 15 Jahren keine erneuerbaren Treibstoffe zur Verfügung stehen werden für Flugzeuge und Hubschrauber. Auch die Industrie, die müsste bis in 15 Jahren komplett defossilisiert sein; sie müsste komplett auf erneuerbare Energien umgestellt haben. Auch das ein Ding der Unmöglichkeit. Was das bedeutet, sehen wir in Deutschland. Da geht eine Deindustrialisierung vonstatten. Eine solche würde dann auch den Kanton Zürich treffen.

Nun, Sie haben dieses Ziel beschlossen. Wir sind der Meinung, dass es unmöglich zu erreichen ist, es sei denn, Sie wollen hier wirklich eine absolut rigide Verbotspolitik einführen. Aber auch das könnten Sie gar nicht, denn bei vielem, was CO₂ ausstösst, liegt es ja gar nicht in der Macht des Kantons, etwas dagegen zu tun. Sie können den Flugverkehr nicht verbieten, Sie können die Autos nicht verbieten. Sie streuen also der Bevölkerung massiv Sand in die Augen, wenn Sie hier behaupten, wir würden ein solches Ziel erreichen können. Entweder streben Sie wirklich nordkoreanische Verhältnisse an, wo einfach alles verboten wird, was CO₂ ausstösst, oder Sie sagen einfach mal, «ja, ja, wir erreichen das dann schon», obwohl Sie genau wissen, dass es nicht erreichbar ist.

Wir haben die Unterschriften bereits gesammelt und werden sie nach der Schlussabstimmung zum Bock (*Ratspräsidium*) bringen. Wir freuen uns wirklich darauf, Ihnen und der Bevölkerung in der Volksabstimmung, in der Kampagne zu dieser Volksabstimmung, klar zu machen, wie entgleist Ihre Klimapolitik mittlerweile geworden ist. Vielen Dank.

Sarah Fuchs (FDP, Meilen): Die FDP ist überzeugt, dass der Klimaschutz ein wichtiges Anliegen ist. Es liegt in unserer Verantwortung, den kommenden Ge-

nerationen intakte Lebensgrundlagen zu sichern. Klimaschutz muss jedoch ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig sein. Mit Innovation und guten Rahmenbedingungen können wir mehr erreichen als mit starrer Verbotspolitik. Dieses Gesetz verankert den Klimaschutz im Zürcher Energiegesetz. Doch trotz einzelner positiver Ansätze, wie der Sicherung der Gemeindeautonomie und weiteren liberalen Umsetzungselementen, sieht die FDP-Fraktion erhebliche Probleme.

Vor gut einem Jahr hat das Volk dem Klima- und Innovationsgesetz mit Netto-Null 2050 zugestimmt. Das Ziel 2040, welches Sie hier heute verankern möchten, widerspricht dieser klaren Entscheidung. Das neue Zwischenziel mit 2030 und die daraus resultierenden Massnahmenplanungen engen den Handlungsspielraum ein und führen zu unverhältnismässig hohen Kosten. Das Klimamonitoring, welches wir heute beschliessen werden, verbunden mit dem sogenannten Schraubstock in Artikel 8 Absatz 2, wird den Regierungsrat zu Verschärfungen zwingen, sollte es absehbar sein, dass das Zwischenziel 2030 nicht erreicht wird. Und das wird ziemlich schnell der Fall sein, vermutlich.

Die FDP setzt sich für den Klimaschutz ein. Wir orientieren uns dabei jedoch am nationalen Fahrplan mit Netto-Null 2050, welchen wir sehr stark begrüssen. Wir halten uns an den demokratisch beschlossenen Weg, der auf Innovation, Wirtschaftskraft und technologischen Fortschritt setzt. Um das Ziel Netto-Null 2050 umzusetzen, sind geschätzte Investitionen von 20 Milliarden Franken nötig im Kanton Zürich. In den nächsten 25 Jahren müssen private Unternehmen und der Staat dieses Geld aufbringen. Wenn wir nun 2040 festlegen, wird sich diese Belastung einfach enorm verdichten auf den Schultern der Privaten zuerst, dann der Unternehmen und als drittes des Staates.

Nach der ersten Lesung hatte die FDP das Gespräch mit der Klimaallianz zu diesem Gesetz gesucht, um einen Kompromiss zu finden. Leider zeigte sich keine Bereitschaft zur Anpassung des Ziels 2040, 2050 oder der Zwischenziele oder des Schraubstocks. Wir wären kompromissbereit gewesen und bedauern die Absage sehr.

Insgesamt überwiegen die negativen Aspekte des Gesetzes. Die FDP wird es in der Schlussabstimmung ablehnen. Wir haben es gehört, die SVP wird das Kantonsratsreferendum ergreifen, und unsere Delegiertenversammlung wird zum gegebenen Zeitpunkt über die Parole, über den Vorschlag zur Nein-Parole beschliessen.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Einmal mehr: Der Klimawandel ist die entscheidende Krise unserer Zeit. Er schreitet noch schneller voran, als wir befürchtet haben. Doch angesichts dieser globalen Bedrohung sind wir keineswegs mutlos. Kein Winkel der Erde ist immun gegen die verheerenden Folgen des Klimawandels. Steigende Temperaturen begünstigen Umweltzerstörungen, Naturkatastrophen, Wetterextreme, Nahrungsmittel- und Wasserknappheit, wirtschaftliche Verwerfungen, Konflikte und – last but not least – Terrorismus. Der Meeresspiegel steigt, die Arktis schmilzt, die Korallenriffe sterben, die Meere versauern und Wälder brennen. Es ist klar, dass Business as usual nicht ausreicht. Da die unendlichen Kosten des Klimawandels unumkehrbare Höhen erreichen, ist es jetzt an

der Zeit, mutig gemeinsam zu handeln. Das soeben gesagte ist nicht auf meinem Mist gewachsen, sondern schlicht eine Übersetzung des Anfangs des Berichts «The climate crises – a race we can win» von der definitiv nicht linken UNO. (*Heiterkeit*)

Zur SVP-Angstmacherei sage ich nichts mehr. Aber, liebe FDP, Sie sagen heute knapp Ja, wenn überhaupt – das war mir nicht ganz klar, aber ich nehme an, Sie sagen knapp Ja. (*Zwischenrufe*) Nein, lassen Sie mich ausreden. Sie sagen knapp Ja zum theoretischen Klimaschutz, aber definitiv Nein zu den Kosten. Leider ist dies nicht ganz neu; es hat sich bereits in der ersten Lesung abgezeichnet. Damit verabschieden Sie sich aus der Klimapolitik. Da sage ich nur, «tschüss liebe FDP». Sie sehen die Klimaneutralität als Kostenfrage. Aus wissenschaftlicher Sicht ist das Netto-Null-Ziel allerdings alternativlos, denn alles andere kommt die Welt auf lange Sicht deutlich teurer zu stehen. Es ist also keine Kostenfrage, liebe FDP.

Im Rahmen ihrer Kompetenzen haben die Kantone und Gemeinden wichtige, sehr wichtige Aufgaben zur Erreichung des Netto-Null-Ziels. Gerade die Mobilität nimmt dabei eine Schlüsselrolle ein, beispielsweise in der Beschaffung haben wir mit unserer Fahrzeugflotte die langfristige Klimaneutralität zu erreichen. Sie hat Vorbildfunktion. Eine zentrale Rolle, um ein weiteres Beispiel zu nennen, ist die überregionale Energieplanung. Es ist somit umso unverständlicher, dass die Politik der FDP und SVP immer noch eine Mauerbaupolitik ist. Wohin Mauern führen ... Sie wissen es. Beherzigen Sie den Lieblingspruch eines durchwegs bekannten SVP-Politikers, der lautet: Wenn der Wind weht, dann bauen die einen Mauern, die anderen bauen Windmühlen, um diesen zu nutzen.

Wir wollen heute mutig sein, unsere innovative Wirtschaft fördern und fordern, unsere Lebensgrundlagen langfristig erhalten. Wir wollen unsere internationalen Verpflichtungen, die wir eingegangen sind, einhalten. Wir wollen ohne Zögern heute Ja sagen zu den Verpflichtungen unserer Generation mit oder ohne FDP, mit oder ohne SVP. Wir werden Ja sagen zum erarbeiteten, konstruktiven Energiegesetz. Wir scheuen keine Diskussion in der Öffentlichkeit. Wir scheuen uns nicht, unpopuläre schwere Aufgaben anzunehmen, liebe SVP. Tun Sie dies der SP-Fraktion gleich, sagen Sie Ja zum vorliegenden, nicht – ich betone – nicht extremen Gesetz.

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon): 2024 war das heisseste Jahr seit Beginn der Messung, und ich wage die Voraussage, dass dieser Rekord nicht allzu lange bestehen bleibt.

Ja, wir haben ein Problem, ein Problem, das zunehmend wirtschaftliche Schäden verursacht, das die Biodiversität zunehmend schädigt und das auch zunehmend Todesopfer fordert. Und ja, wir wollen das Problem ehrgeizig angehen; wir schreiben deshalb in das Gesetz, dass wir das Ziel bis 2040 erreichen wollen. Und noch einmal, ja, wir wissen, dass das ehrgeizig ist, wir wissen, dass wir es möglicherweise nicht erreichen. Deshalb schreiben wir 2050 als letzten Zeitpunkt in das Gesetz, das Jahr, das Sie auch wollen, liebe Bürgerliche. Das steht ja im Gesetz. Es ist die gleiche Jahreszahl, die Sie auch wollen. Der Unterschied liegt im

Ehrgeiz; wir peilen zunächst einmal 2040 an und machen Dampf, damit etwas geht.

Sie, Herr Bamert, Sie haben ganz genau gesagt, wie Sie das Problem angehen wollen: 2050 ist erst in 25 Jahren; das ist eine lange Zeit. Da schauen wir erst einmal und dann schauen wir 2050, wo wir stehen. Das ist der Unterschied. Wir wollen im Jahr 2050 Netto-Null wirklich erreichen, und Sie wollen dann mal schauen, ob das vielleicht gegangen ist oder vielleicht auch nicht. Dann haben Sie noch etwas verwechselt, Herr Bamert, Sie haben gesagt, es dürfe überhaupt kein CO₂ mehr ausgestossen werden. Das heisst selbstverständlich nicht Netto-Null. Das wissen Sie ganz genau; das ist etwas anders. Es kann einerseits CO₂ ausgestossen werden, andererseits muss es dann aber kompensiert werden. Das ist etwas anders, als dass kein einziges Kilogramm CO₂ mehr ausgestossen werden darf. Also, wir sind sehr viel ehrgeiziger, etwas, das eigentlich sonst immer die sogenannten Wirtschaftsparteien für sich in Anspruch nehmen. Wir setzen das in die Tat um mit diesem Gesetz und sagen deshalb Ja zu 2040, spätestens 2050. Es ist etwa so wie früher, als meine Mutter gesagt hat, du bist um elf Uhr zu Hause oder sicher dann um Mitternacht. Und ich war dann wirklich immer um Mitternacht zu Hause. (*Heiterkeit*)

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Wer heute das Referendum gegen dieses Gesetz einreicht, macht eine No-Future-Politik. Das 1,5-Grad-Ziel von Paris ist nicht mehr zu halten. 2024, wie schon gesagt, war das wärmste Jahr seit der Aufzeichnung. Das zeigt der Copernicus-Klima-Report.

Mit der Anpassung des Energiegesetzes und dem Ziel der Treibhausgas-Neutralität bis 2040, spätestens 2050, setzen wir endlich um, was die Bevölkerung schon lange will. Das CO₂-Gesetz 2021 wurde von der Zürcher Bevölkerung mit 55 Prozent angenommen. Im Mai 2022 hat die Bevölkerung mit einer deutlichen Mehrheit von 67 Prozent dem Klimaschutz in der Verfassung des Kantons Zürich zugestimmt. National wurde im Juni 2023 das Klima- und Innovationsgesetz mit 59 Prozent angenommen, im Kanton Zürich sogar mit 62,5 Prozent. Im Juni 2024 wurde national mit 69 Prozent Ja-Stimmen das Stromgesetz angenommen, welches den Ausbau der erneuerbaren Energie vorantreiben will. Herr Bamert, ich freue mich auf Ihr Referendum. Die Bevölkerung will endlich vorwärtsmachen. Einmal mehr blockieren Sie mit Ihrer Politik den Klimaschutz. Selbst Don Quijote hat erkannt, dass der Kampf gegen Windmühlen zu viel Energie verbraucht. Meine Damen und Herren auf der bürgerlichen Seite: Nichts tun – und genau das ist es, was Sie mit dem Referendum machen wollen –, das ist der teuerste Weg, den wir gehen können. Die SVP fährt diesen Kurs schon lange. Das überrascht niemanden mehr. Dass aber die FDP auch in diese No-Future-Politik einstimmt, muss wohl damit erklärt werden, dass sie auf der Welle des Rechtsrutsches mitreiten will und aufgibt, eine vernünftige Klima- und Energiepolitik zu betreiben. Die Hitzewelle, die Dürren, Wirbelstürme und Überflutungen nehmen weiter zu. Jedes Mal, wenn wir hier im Rat zu diesem Thema sprechen, gibt es neue Schäden, über die man berichten kann, neues menschliches Leid, das man aufzählen kann. Aktuell sind es die Waldbrände in Los Angeles und in Hollywood. Das

letzte Mal, als wir darüber gesprochen haben, waren es die Überflutungen in Spanien, die viele Todesopfer gefordert haben. Im Jahr 2024 belief sich der weltweite Schaden durch Naturkatastrophen auf 320 Milliarden Dollar, was das drittteuerste Jahr seit 1980 war.

Mit den heutigen Anpassungen im Energiegesetz geben wir dem Regierungsrat und den Gemeinden klare Leitlinien für ihr Handeln in Bezug auf eine schnelle Dekarbonisierung. Besonders wichtig ist dabei die Verankerung, dass auch die Gemeinden aktiv Massnahmen ergreifen. Der Kanton setzt zwar Leitlinien, anerkennt jedoch die Souveränität und die Individualität der Gemeinden und gewährt ihnen entsprechenden Handlungsspielraum. Der Kanton Zürich und die Gemeinden sollen bei der Beschaffung die Klimaziele berücksichtigen. Sie sanieren ihre Gebäude energetisch; neue Gebäude sollen für die Realisierung möglichst wenig graue Energie benötigen. Die Fahrzeugflotten sind auf emissionslose Fahrzeuge umzustellen, und sie sollen weitere Massnahmen, weitere wirkungsvolle Massnahmen umsetzen können. Dass die Schweiz als Ganzes das Netto-Null-Ziel erst 2050 erreichen will, soll uns nicht zurückhalten. Der Kanton Zürich als wirtschaftlich stärkster Kanton soll vorausgehen. Da steht er nicht alleine, denn viele andere Länder haben sich ambitionierte Klimaziele gesetzt. Geben Sie diese No-Future-Politik auf und stimmen Sie den Klimaanpassungen in unserem Energiegesetz zu. Besten Dank.

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Treibhausgas-Neutralität bis im Jahr 2040 ist ein ehrgeiziges Ziel und wird eine grosse Herausforderung. Herausforderungen sind jedoch dazu da, angenommen und angepackt zu werden. Auch das wollen wir. Wir erwarten, dass weitere Fortschritte in Technologie und Innovationen helfen werden, dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen. Die Umsetzung darf jedoch nicht zu einer Kostenexplosion führen, es muss auch für die Wirtschaft verträglich sein. Die Mitte-Fraktion stimmt dem geänderten Energiegesetz zu.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Nun ist es so weit, wir kommen zur Schlussabstimmung des Energiegesetzes. Es ist kein Zufall, dass wir – anders als üblich – nach der Redaktionslesung nochmals darüber reden. Das zeigt auch die Wichtigkeit dieses Themas.

Ich habe schon früher einmal gesagt, dass es für den Klimaschutz und den Klimawandel den Effort aller braucht. Es ist nicht ein Problem, das sich von einem auf den anderen Tag per Gesetz oder mit einer Reform erledigen lässt, sondern es geht auch um einen Mindset. Und hierzu braucht es nicht nur politisch alle Kräfte, sondern es braucht alle, so beispielsweise die Zivilgesellschaft, die draussen demonstriert. Es braucht die Bevölkerung, denn dieses Ziel ist auch ein Wandel, der in den Köpfen stattfinden muss. Wenn dieser Wandel nicht stattfindet, dann bin ich davon überzeugt, dass wir, wie von Ihnen prophezeit, unsere Ziele nicht erreichen werden. Da wir eine Demokratie sind und genau dieses Thema in die Köpfe aller muss, bin ich persönlich nicht unglücklich darüber, dass wir hierzu eine Referendumsabstimmung führen werden, denn diese Debatte über Netto-Null 2040 ist auch eine Debatte darüber, wie wir dies erreichen können und was es hierfür

braucht. Diese Debatte braucht es, denn rein mit Gesetzen ist es bei diesem Thema nicht getan. Umso wichtiger ist es, dass wir darüber reden – immer und immer wieder.

Wir haben nur eine Welt, wir haben nur ein Klima, öffnen Sie die Augen und unternehmen Sie etwas. Schauen Sie, was die Wissenschaft darüber sagt. Wenn Sie hier dagegen sind, dann stellen Sie sich auch gegen wissenschaftliche Fakten. Da hilft uns auch keine übermässige Technologie-Gläubigkeit, denn dies ist nur eine Entschuldigung, dass Sie nichts weiter tun müssen. Eine Ausrede. Und genau diese Ausreden bringen uns nichts weiter. Wir müssen «lifere, nyt lafere». «Lifere, nyt lafere», mit diesen letzten Worten bleibt mir nochmals zu sagen, dass die Alternative Liste selbstverständlich Netto-Null 2040 unterstützen wird. Es ist das Mindeste, damit wir eine Chance haben, unsere Ziele in einer vernünftigen Zeit zu erreichen.

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen): Ich habe eine Frage, vielleicht an unseren Klima-Fachexperten im Kantonsrat, Benjamin Walder, der sich für die Jugend einsetzt, wenn er ein Kind im Spital sieht. Auch ich habe kleine Kinder und setze mich für die jüngere Generation ein.

Ich habe eine Frage: Was muss ich heute Abend meinen Kindern erklären? Wie sieht Netto-Null 2040 ganz konkret aus? In 15 Jahren sind meine Kinder im besten Alter, zwischen 18 und 27 Jahre alt. Dürfen sie die Welt bereisen? Also, wenn ich die Facebook-Profile von euch anschau, dann sehe ich beispielsweise den Fraktionspräsidenten der EVP – auch von der Klimaallianz –, der ist fleissig mit seiner Frau auf Reisen und erkundet die Welt. Das finde ich auch schön. Und wenn ich bei Benjamin Walder schaue, dann sehe ich, dass du auch mit deiner Freundin auf einer Insel baden warst. (*Heiterkeit*) Und ich frage mich, dürfen meine Kinder auch noch reisen, die Welt entdeckten nach der Matura oder nach der Lehre? Oder haben dann alle kein Verbrenner-Auto mehr? Müssen wir es dann liegenlassen und die Heizungen herausreissen? Schildern Sie mir ganz konkret, wie es 2040 für meine Kinder aussieht. Wir diskutieren das häufig am Abend, denn das Klimathema wird in der Schule ständig besprochen; es wird fast schon Angst damit gemacht. Sie haben vorhin die SVP als Angstmacherpartei betitelt. Nein, die Angst kommt von dieser Klimakatastrophenhype, bei dem Sie alle beschwören, dass die Welt untergeht mit neuen Rekorden, die Sie hier aufstellen möchten. Bleiben Sie mal sachlich, hören Sie auf mit diesem utopischen Netto-Null 2040. Auch Fachexperten der EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*) sagen ganz klar, dass es nicht möglich ist mit dem Netzausbau gleichzeitig. Ich möchte wissen, was Netto-Null 2040 bedeutet. David John Galeuchet oder Benjamin Walder, einer von euch beiden, was bedeutet das konkret? Schildern Sie mir dies für meine Kinder. Ich werde es ihnen heute Abend im Live-Stream zeigen – das ist ja dann aufgezeichnet. Und dann möchte ich wissen, was das kostet und was der Effekt auf das globale Klima ist. Danke.

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon): Sie können sich die Antworten selber geben, wenn Sie uns Grünen in den letzten 5 Jahren in der Klimapolitik zugehört haben. Herzlichen Dank.

Ratspräsident Jürg Sulser: Das Wort hat Thomas Forrer Erlenbach. Vielleicht hat er ja eine Antwort. (*Heiterkeit*)

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Herr Ratspräsident, äussern Sie sich zu Ihren eigenen Geschäften, bitte.

Also ich muss schon sagen, Herr Weidmann, Sie haben offenbar nicht aufgepasst in letzter Zeit, seit Sie im Kantonsrat sind. Wir hatten schon 2020 eine ganze Klimasession. Offenbar haben Sie da geschlafen, und wir müssen Ihnen immer wieder alles von Neuem erklären.

Es wurde jetzt viel über Katastrophen in der ganzen Welt gesprochen, die wegen des Klimawandels ausgelöst worden sind. Aber wir müssen nicht unbedingt über Los Angeles, über Spanien oder über Deutschland, wo die grossen Überschwemmungen letztes Jahr waren, reden. Wir können auch einmal darüber reden, wo im Kanton Zürich sich der Klimawandel eigentlich bemerkbar macht. Herr Weidmann, hören Sie bitte zu, das können Sie Ihren Kindern heute Abend erzählen. Die Zahl der Hitzetage über 30 Grad und die Zahl der Tropennächte über 20 Grad hat beispielsweise in den letzten 20 Jahren sehr stark zugenommen. In Zürich und in Winterthur können mittlerweile Temperaturen entstehen, die bis zu 10 Grad heisser sind als im Umland, zum Beispiel in Neftenbach und so weiter. Solche Hitze-Inseln sind ein extrem grosses Gesundheitsrisiko. Sie erhöhen die Sterblichkeit, senken die Lebensqualität, insbesondere in den Städten, und – das müsste auch die FDP interessieren –, sie beeinträchtigen die Produktivität der Arbeitnehmenden massiv. Die Zunahme von Extremwetter-Ereignissen, wie Dürren oder lange Regenperioden, haben auch im Kanton Zürich die Landwirtschaft beeinträchtigt; Ernteausfälle, vertrocknete Wiesen führten zu starken Verlusten und zu Futtermittelknappheit. Hitze und Trockenheit haben die Nährstoffe in den Böden verringert und gefährden die Biodiversität; zu hohe Temperaturen in Flüssen und Bächen haben die Fischbestände regelmässig zerstört, und die Fische mussten neu ausgesetzt werden. Lange Hitze- und Trockenperioden belasten unsere Wälder doppelt, einerseits können sich Schädlinge, wie der Borkenkäfer, auf einem durch Trockenheit gestressten Baum viel besser ausbreiten, andererseits steigt die Waldbrandgefahr. Die Erhaltung eines vielfältigen und resilienten Waldes im Schweizer Mittelland ist nur möglich, wenn die Entwicklung der Klimaerwärmung stabilisiert werden kann. Und da müssen wir unseren Beitrag leisten. Wir können nicht entscheiden, ob das weltweit dann tatsächlich geschieht, aber jede Region auf der Welt muss das Beste tun, sonst kommen wir ganz bestimmt nicht dahin. Mit der zunehmenden Erwärmung des Klimas – das betrifft vor allem auch die FDP – steigen die Risiken für Kosten und Verluste in der Wirtschaft. In überdurchschnittlich heissen Sommern betragen die wirtschaftlichen Verluste im Kanton Zürich mittlerweile bereits eine halbe Milliarde Franken, vor allem ausgelöst

durch Arbeitsausfälle, aber auch durch Ausfälle und Lieferausfälle in der Produktion. Extremwetter-Ereignisse führen im Finanzsektor mittlerweile zu verlustreichen Abschreibungen auf Krediten an Unternehmen und Privathaushalten. Zudem können Investitionen und Finanzanlagen massive Entwertungen erfahren. Die Zunahme übrigens von Hochwasser im Kanton Zürich verursacht heute jährliche Schäden im Durchschnitt von 270 Millionen Franken. Sie tun so, als wäre das alles nichts. Wir sind direkt betroffen, und die Landwirte und Landwirtinnen unter uns, die können wahrscheinlich bestätigen, dass die klimatischen Verhältnisse in den letzten 20 Jahren bei ihnen massive Auswirkungen auf ihren Betrieben hatten und sie deswegen ihre Betriebe umstellen mussten. Darum sollten wir dieses Problem ernst nehmen.

Wir sollten es aber auch ernst nehmen wegen der Wirtschaftlichkeit. Sie meinen vielleicht, wenn wir keinen Klimaschutz machen, würde das die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft kurz- und mittelfristig erhalten gegenüber denjenigen, die nichts machen. Das ist aber nicht so. Wenn wir stehenbleiben, bleiben wir auch mit unserer Wirtschaft irgendwann stehen, und die anderen sind uns um Nasenlängen Punkte Innovationen und Investitionen in diesen Bereichen voraus. Also verschlafen wir das nicht und nehmen wir als reicher und wirtschaftsmächtiger Kanton in der Schweiz dieses Ziel ernst und führen wir an hinsichtlich Netto-Null 2040 in der Schweiz.

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon): Wir beantragen Schliessung der Rednerliste. Das ist eine Redaktionslesung. Wir haben diese Debatte schon einmal geführt, wir müssen Sie nicht unendlich lange noch einmal führen.

Ordnungsantrag

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon) beantragt

die Schliessung der Rednerliste.

Abstimmung über den Ordnungsantrag

Der Kantonsrat lehnt den Ordnungsantrag von Andreas Hasler mit 99 : 49 Stimmen (bei t Enthaltungen) ab. Die Rednerliste bleibt offen.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis): Zwei Punkte möchte ich nochmals erwähnen. Ich habe es schon in der Debatte, die wir ausgiebig geführt hatten, gesagt: Als ich vor 10 Jahren in den FC Kantonsrat eingestiegen bin, da hatte ich nur ein Ziel, das Ziel war, einmal den «Kübel» (*gemeint ist die Trophäe des interkantonalen Kantonsrats-Fussballturnieres*) zu gewinnen, einmal Turniersieger zu werden. Ich muss ehrlich zugeben, die ersten Turniere waren dann recht ernüchternd, denn ich habe gesehen, unser Potenzial der Mannschaft ist leicht limitiert, ich inklusive, und die Gegnerschaft ist auch nicht gerade so unterbelichtet, wie ich das erwartet hatte. Aber wir haben am Ziel festgehalten und wir haben

alles gegeben über all die Jahre. Und Sie wissen, es hat geklappt im letzten Jahr; wir haben das Ziel erreicht. Warum haben wir das erreicht?

Erstens, wir haben das Ziel nicht losgelassen, wir sind zusammengestanden, wir sind immer aktiv gewesen und wir haben uns auch an den kleinen Schritten gefreut und diese respektiert trotz Muskelkater am nächsten Tag. So wurde das Ziel erreicht. Das vergleiche ich mit unserem Fahrplan, den wir haben. Ich gebe es zu, er ist ehrgeizig, aber er ist mit der richtigen Einstellung erreichbar.

Der zweite Punkt ist das Preisschild: Können wir uns all diese Massnahmen leisten? Diese Frage kommt immer wieder. Es ist eine zweifach falsch gestellte Frage. Zum einen ist es eine Tatsache, dass wir heute schon immense Summen bezahlen, um Schäden zu beheben, die nachweislich aufgrund des Klimawandels entstanden sind. Zum anderen – und das wird oft vergessen – entscheidet am Schluss das Volk, wofür es Geld ausgeben will. Wir hatten in den letzten Jahren verschiedene Abstimmungen, die mit dem Klima zu tun hatten: Energiegesetz, Stromgesetz, Klimaschutzartikel und so weiter. Und immer war klar, dass das ein Preisschild hat. Die Bevölkerung hat Ja dazu gesagt, also sie will etwas für diese Massnahmen ausgeben. Das müssen wir respektieren. Wir sind Vertreterinnen und Vertreter des Volkes und haben hier drin entsprechend abzustimmen. In diesem Sinn finde ich, diese Vorlage ist ausgewogen und nimmt das Anliegen einer grossen Mehrheit der Bevölkerung auf. Darum darf man mit gutem Gewissen, muss man schon fast aus moralischer Pflicht dieser Vorlage zustimmen.

Paul von Euw (SVP, Bauma): Denn Sie wissen nicht, was Sie tun, so lässt sich Ihr Aktivismus in der Zielsetzung der Dekarbonisierung beschreiben. 40 Prozent weniger Zeit soll heute der Zürcher Bevölkerung gegeben werden, um Netto-Null zu erreichen. Wissen Sie, was das heisst? 40 Prozent weniger Zeit bei gleichviel Ressourcen, das heisst, es wird noch viel teurer. An dieser Stelle hört Idealismus, an dieser Stelle hört Aktivismus, hört plakative Politik auf; ab hier wird es messbar. Sie können schöne Worte sprechen wie, es sei wichtig. Sie können aber die Fragen nicht beantworten, alles andere aber können Sie. Ich sage Ihnen, was das bedeutet in der Umsetzung.

Konsultieren Sie die Daten des statistischen Amtes. Da finden Sie, wie viele Ölheizungen es gibt, wie viele Fahrzeuge es gibt, die mit Benzin herumfahren. Ich nehme an, Sie haben das gemacht, denn wir entscheiden heute über eine einschneidende Massnahme für den Kanton Zürich. Ich kann Ihnen sagen, gemäss statistischem Amt werden wir jede Woche bis 2040 etwas über 1000 Elektroauto-Tankstellen installieren müssen. Wir werden aufgrund der prognostizierten Zuwanderung jährlich 7500 Wohnungen mehr haben, wir werden jährlich 11'000 Heizungen bauen, inklusive Ersatz, 11'000 Heizungen jedes Jahr. Und es geht weiter: Die EKZ investieren heute pro Woche 2 Millionen Franken in den Netzausbau. Sprechen Sie mit den Verantwortlichen der Verteilungsbetreiberinnen, sprechen Sie mit Ihnen. Die sagen, wir können nicht mehr machen, wir sind heute bereits am Anschlag und es reicht mitnichten. Mit diesem Wissen lassen Sie den Kanton Zürich ins Verderben laufen. Sie nehmen dem Kanton Zürich 40 Prozent der Zeit weg, um diese Dekarbonisierung, um dieses Netto-Null-Ziel zu erreichen,

das die Stimmbevölkerung 2017 – dann hat es schon einmal irgendeine Abstimmung gegeben – angenommen hat. Stellen Sie sich vor, was für ein Verbrechen Sie hier begehen.

Dann kommt der dritte Punkt: Wenn Sie dann das Ganze dekarbonisiert haben, brauchen wir irgendwo 9 bis 10 Terrawattstunden mehr Strom. Der Regierungsrat hat in weiser Voraussicht nicht 2040 angepeilt, sondern 2050, denn in seiner Energiestrategie schreibt der Regierungsrat, wir wollen 3,5 Terrawattstunden Solarstrom und 700 Gigawattstunden Windstrom, das ergibt rund 4,2 Terrawattstunden. Der Gap der 6 Terawattstunden ist noch nicht geklärt. Also wir haben vier Probleme: Wir müssen zu viel bauen, das ist ressourcenmässig ein Problem. Wir haben ein gutes Gewerbe, aber das Gewerbe kann nicht schneller arbeiten, als es das heute schon tut. Wir haben ein Netzproblem, das die Netzbetreiberinnen nicht hinbringen, und wir haben zu wenig Strom. Und das vierte Problem ist, Sie können uns nicht sagen, wie Sie das lösen wollen. Die Frage von Herrn Weidmann wurde nicht beantwortet. Daher frage ich Sie noch einmal, ich habe keine Kinder: Was muss ich meinem Göttimeitli sagen heute Abend, wie die Zukunft für sie, wenn sie dann vermutlich etwa 25 ist, aussieht, wie sie dann lebt? Ich frage Sie konkret: Dürfen wir noch Fleisch essen oder wollen Sie uns das auch noch verbieten?

Dann vielleicht noch zu Herrn Bärtschiger: Der Klimawandel, der sei noch schneller unterwegs, als man bisher angenommen habe. Ich kann es Ihnen sagen, die hochgelobten Forscher – es wird wärmer, das ist messbar, da gebe ich Ihnen recht –, aber die Forscher können nicht sagen, weshalb es schneller wärmer wird. Scheinbar ist hier der Mensch nicht mehr massgebend. (*Unruhe im Ratssaal*) Das ist nicht von Euw, das sind die Forscher, das ist SRF1 (*Schweizer Radio und Fernsehen*). Sie können es sich anschauen.

Und Herr Sommer, ich stelle fest – oh, jetzt ist er leider nicht mehr da. Der Fussballer Sommer sagt, man müsse ein Ziel erreichen. Es müssen aber realistische Ziele sein, Luftschlösser und so können wir bei dieser wichtigen Frage nicht weiterverfolgen. Herr Sommer sagt auch, dass die Bevölkerung bei dieser wichtigen Klimafrage mitsprechen müsse. Das hat die Bevölkerung gemacht mit Ziel 2050. Liebe EVP, unterstützen Sie das Referendum, dann lassen Sie die Bevölkerung über diese Änderung des Rahmens wieder abstimmen und dann sind Sie ehrlich. Besten Dank.

Tobias Infortuna (SVP, Egg): Bereits das Jahr 2050 ist für das Erreichen eines Netto-Null-Ziels ein Wunschtraum, 2040 wäre komplett kopflos. Dem Regierungsrat wäre das Jahr 2050 im Gesetz lieber als 2040. Zusätzliche Milliardenkosten jedes Jahr sind sowieso die Folge, würden aber bei einem Ziel 2040 in noch viel kürzerer Zeit anfallen. 2040 ist nur noch 15 Jahre entfernt. Das ist völlig überhastet, das alles soll ohne Atomstrom bewältigt werden. Was das bedeutet, sehen wir aktuell an der gescheiterten Energiewende in Deutschland. Deutschland hat den teuersten Strom von ganz Europa. Deutschland muss von Jahr zu Jahr mehr Atomstrom importieren; waren es im Jahr 2022 gut 4000 Gigawattstunden,

waren es 2023 schon mehr als doppelt so viel und 2024 bereits über 17'000 Gigawattstunden, also viermal mehr als noch 2 Jahre zuvor. Das sollte uns eigentlich Warnung genug sein. Das alles kostet Milliarden und würde jede Privatperson zu spüren bekommen. Milliarden und noch mehr Milliarden jedes Jahr, nur um dann feststellen zu müssen, dass das Ziel gar nicht zu erreichen ist. Die ganzen Investitionen und Sanierungen, Massnahmenpläne, Förderprogramme und Verbote würden das Leben im Kanton Zürich massiv verteuern. Der Kanton, alle Gemeinden, auch die finanzschwachen Gemeinden, alle Firmen und Private würden das zu spüren bekommen; die Mieten und die Nebenkosten würden steigen. Darum ergreifen wir das Referendum, damit das Volk, das diese Rechnung zahlen müsste, das letzte Wort dazu haben kann.

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf): Ich möchte nicht die ganze Debatte nochmals auf-tun. Ich möchte nur etwas zum Begriff «Netto-Null» klarstellen. Die SVP hat da ein paar Sachen durcheinandergebracht.

Das Netto-Null-Ziel des Kantons Zürich bedeutet – wie auf der Homepage zu lesen –, dass Gebäude, Verkehr, Industrie und Gewerbe sowie die Abfall- und Abwasserbehandlung auf Kantonsgebiet bis 2040 möglichst keine Treibhausgasemissionen mehr verursachen dürfen. Netto-Null, das sind die direkten Emissionen, Scope 1-Emissionen. Es geht da nicht ums Fliegen, auch wenn das Fliegen sehr klimaschädlich ist. Es geht da nicht ums Essen und was wir auf dem Teller haben, auch wenn das selbstverständlich auch eine Klimawirkung hat. Netto-Null, das sind die direkten Emissionen. Und da sind wir schon auf gutem Weg. Es gibt Lösungen auf dem Tisch, liebe SVP, man muss sie einfach servieren und konsumieren. Es ist kein Aktivismus und kein Idealismus; es ist eine rationale Notwendigkeit diese direkten – nicht die indirekten Emissionen, die wir importieren –, die direkten Emissionen auf Kantonsgebiet, die da entstehen, zu reduzieren. Kurz zusammengefasst: Gemäss SVP, denn Sie tun nichts, obwohl Sie es wissen.

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg): Wir haben es gehört oder eben nicht gehört, Sie haben keine Lösungen für diese utopischen Klimaziele, Walder, Sommer, Furrer, Hasler und Co., keine Lösungen, nur Verweigerung der Diskussion und Schliessung der Rednerliste. Aber es gibt einen Mann in diesem Saal, er müsste die Lösung haben, er hat uns die Lösung versprochen: Der grüne Baudirektor Martin Neukom (*Regierungsrat*) wurde 2019 gewählt, um ihre Klimastrategie umzusetzen. Aber auch er ist gescheitert, auch er muss zugeben, dass es nicht funktioniert. Ich zitiere aus der langfristigen Immobilienplanung: «Der CO₂-Ausstoss ist seit längerem rückläufig,», das ist ja gut, ich glaube, das unterstützen wir alle, «verringert sich jedoch nicht schnell genug, um das angestrebte Ziel der Klimastrategie von Netto-Null bis 2040 zu erreichen.» (*Zwischenruf von Regierungsrat Martin Neukom*) Es steht 2040, du weisst nicht mal, was du selber geschrieben hast. Nicht mal im Immobilienbereich wird das erreicht, und im Immobilienbereich wäre es noch realistischer als in der Industrie oder im Verkehr und so weiter. Nicht mal da wird dieses unrealistische Ziel erreicht, da die Lösungen unrealistisch sind, zu teuer, ganz einfach, es ist Habakuk.

Nicola Siegrist (SP, Zürich): Wenn die SVP Mühe hat, sich selbst zu informieren, da können wir gerne nachhelfen, aber nicht in dem Ausmass vermutlich, wie Sie das gerne hätten, denn das dauert logischerweise länger als die Redezeitbeschränkung, die wir haben.

Im Kanton Zürich gibt es zwei ganz grosse Felder, die für die Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. Einerseits ist das der Gebäudesektor, andererseits ist es der Verkehr. Was sind die naheliegenden Massnahmen im Gebäudesektor? Das eine hat das Volk bestätigt, das neue Energiegesetz für die Heizungen. Dort werden wir bis 2040 die meisten Emissionen aus den Heizungen sowieso draussen haben, so wie der aktuelle Absenkpfad aussieht, so wie das genutzt wird, ist das, so glaube ich, auch nicht zu optimistisch. *(Zwischenrufe)* Interessiert Sie das doch nicht? *(Weitere Zwischenrufe)* Gut, dann seien Sie doch wenigstens ehrlich. Ich bin gespannt, ob Sie das Ihren Kindern heute Abend ...

Ratspräsident Jürg Sulser: Bitte hören Sie mit diesen überflüssigen Zwischenrufen auf.

Nicola Siegrist fährt fort: Man darf gerne dazwischenrufen, wenn man dafür auch zuhört.

Ratspräsident Jürg Sulser: Es kommt immer darauf an, was man mit Zwischenrufen sagt. Und immer noch mache ich die Spielregeln und nicht Sie. Danke. *(Heiterkeit)*

Nicola Siegrist fährt fort: Gut, also das eine sind die Heizungen, das liegt auf der Hand. Das andere, das sehr einschenkt bei den Emissionen, ist die Frage, wie wir bauen, wie viele Emissionen beim Bauen entstehen; Beton, Zement sind sehr CO₂-intensiv. Also müssen wir nicht zuletzt auch dafür schauen, dass wir in den nächsten Jahren den Bestand unserer Gebäude besser schützen können, wenn wir neu bauen oder umbauen, dass wir einen Teil dieses Bestandes nutzen und ins neue Gebäude integrieren, optimalerweise reissen wir gar nicht erst ab. Das hilft auch noch gegen Leerkündigungen, also gegen unerlaubte Mietzinserhöhungen. Beides liegt auf der Hand. Ich bin sehr gerne bereit, mit Ihnen zusammensitzten und da konkrete Massnahmen zu entwickeln, die über das hinausgehen, was wir noch machen.

Beim Verkehr geht es um vermeiden, verlagern und verbessern. Dieses Bonmot kennen Sie. Beim Vermeiden geht es darum, dass wir die Arbeitssorte näher an den Wohnorten haben. Gut, dann schauen wir dafür, dass Unternehmen den Anreiz haben, sich auch vermehrt in der Agglo niederzulassen, dort, wo ein Grossteil des Wachstums stattgefunden hat oder stattfinden wird. Dafür brauchen wir aber Massnahmen, das geschieht nicht von allein. Es gibt nicht ohne Grund viele Unternehmen, die in die grossen Städte ziehen. Aber das können Sie auch nicht akzeptieren. Verlagern tun wir, indem wir Velo, ÖV und Fuss stärken, ausbauen und vergünstigen und Anreize schaffen, damit wir das Auto zu Hause lassen. Und den

Rest, den verbessern wir über Elektromobilität und andere Antriebsformen. Aber nein, Sie haben heute Morgen gerade bei einem Postulat Diskussion verlangt und sich darüber gestritten, wer am ehesten Diskussion verlangen darf, genau beim Bereich Verkehr, in dem die Regierung tatsächlich heute viel zu wenig macht. Ich hoffe, dass Sie da in den nächsten 15 Jahren bereit sind mitzuarbeiten.

Was ich mich frage, ist, wieso Sie, bürgerliche Seite, so pessimistisch sind. Sie werfen uns jeweils vor, wir seien irgendwie rückwärtsgewandt, wir wollen keinen Optimismus, keinen Fortschritt mehr. Aber wenn es darum geht, etwas ambitionierte Ziele zu setzen, dafür zu sorgen, dass wir – tut mir leid für die Wortwahl – die fucking Menschheit auf diesem Planeten retten können, dann heisst es plötzlich, nein, das schaffen wir sowieso nicht. Hey, wo ist da der Optimismus? Der fehlt total in dieser Debatte von Ihrer Seite.

Und mit einem Vergleich zu Daniel Sommer zu schliessen: Er hat zwei Gründe genannt, weshalb der FC Kantonsrat das Turnier gewonnen hat. Ich habe einen dritten Grund, und zwar gab es in diesem Team immer einige Leute, die gebremst oder blockiert haben. Dazu gehöre ich und andere Leute. Wir sind deshalb bei diesem Turnier zu Hause geblieben. Das Team hat gewonnen. Sie wissen, wer im Klima blockiert und bremst. Vielleicht wäre es besser, wenn Sie bei dieser Frage auch zu Hause bleiben würden. (*Heiterkeit*) Stimmen Sie Ja.

Urs Wegmann (SVP, Neftenbach): Wenn Sie mit einem Wasserzerstäuber in der Hand gegen einen Waldbrand antreten – von mir aus in Los Angeles –, haben Sie da wirklich etwas gewonnen, wenn Ihnen der Zerstäuber schon in der Hand schmilzt und Sie dann verbrennen? Nein, da haben Sie nichts gewonnen. Sie können höchstens sagen, ich bin mit gutem Beispiel vorangegangen. Sie behaupten, wir wollten nichts tun. Das stimmt einfach nicht. Wir wehren uns einzig gegen utopische Pläne, welche eben nicht umsetzbar sind ohne massiven Verlust des Wohlstandes, und dieser ist notwendig, damit wir uns den künftigen Herausforderungen stellen können. Es wurde erläutert, wie sich das Klima und die Ereignisse des Wetters in den letzten Jahren verändert haben. Dem stimme ich als Landwirt zu, das ist so, das stelle ich auch fest. Was kann ich jetzt da tun? Ich kann meinen Traktor verschrotten und wieder mit dem Pferd auf mein Feld gehen. Was habe ich damit gewonnen? Ich schaffe nur noch einen Bruchteil der Arbeit, ich werde pleitegehen, aber am Klima, an den Einflüssen auf mein Land ändert sich null. Das Einzige, was mir bleibt, ist dann eben sagen zu können, ich war das gute Beispiel. «Lifere statt lafere» wurde hier schon gesagt. Da bin ich sogar einverstanden. Wenn Sie uns Bürgerlichen ständig vorwerfen, wir täten nichts, stimmt das so einfach nicht. In unseren Reihen sind die Unternehmerinnen und Unternehmer, welche wirklich sehr viel machen und umsetzen, und nicht wie viele auf der anderen Seite nur darüber reden. Vielleicht haben Sie mich auf dem Foto, auf dem Plakat des Agrokonzepts, welches nominiert war für den Zukunftspreis, gesehen. Wir tun effektiv etwas. Ich versuche da selber als Vorbild voranzugehen, etwas zu bewirken. «Lifere statt lafere», dafür stehe ich ein wie viele

meiner bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen. Und deshalb lehnen wir das Gesetz ab, da es unsere Waffen nur stumpf macht im Kampf gegen die Herausforderungen, uns anzupassen, ohne dass es wirklich etwas bringen würde. Danke.

Claudio Zihlmann (FDP, Zürich): Markus Bärtschiger, dein Votum könnte auch unter dem Titel stehen, «Die Welt geht unter, aber der Kanton Zürich rettet die Welt mit Netto-Null 2040 anstatt 2050». Sag du mir doch bitte, wie viel Prozent Treibhausgasemissionen macht der Kanton Zürich im Vergleich zur ganzen Welt aktuell? Und sage mir noch bitte, von wie viel Treibhausgasemissionen wir profitieren, wenn wir von 2050 auf 2040 runtergehen. Der Fakt ist leider, der Kanton Zürich wird an deinem skizzierten Szenario leider – ich sage leider – rein gar nichts ändern. Das ist auch ein Fakt. Trotzdem, wir von der FDP, wir sind bereit und wir wollen unseren, wenn auch bescheidenen Beitrag beisteuern, auch wenn wir damit die Welt nicht verändern. Umso mehr ist es eben unsere Pflicht, die Massnahmen, die wir beschliessen, für die Bevölkerung verträglich zu machen. Denn ich sage Ihnen, mit einem unrealistischen Ziel 2040, das Sie hier heute beschliessen, machen Sie eben diesen grossen Fehler: Sie nehmen die Bevölkerung eben nicht mit. Ich kann Ihnen sagen, wenn wir hier Massnahmen beschliessen werden und diese von der Bevölkerung nicht getragen werden, dann wird es eben wirklich schwierig.

Sie sagen über uns, wir stellen immer die Kostenfrage. Ja, ich sage aber auch, lieber Markus Bärtschiger, wir könnten heute 2026 beschliessen und an diesen 20 Milliarden, die wir vorher gehört haben, ändert sich rein gar nichts. Ich frage mich einfach, wenn wir jetzt Netto-Null 2040 machen, wie viel kostet das denn? Können Sie mir das bitte auch noch erklären? Ich bin sehr gespannt und ich bin noch viel gespannter, wenn Sie sagen, es sei ja gar kein Problem, wir redeten nur immer über die Kosten und das sollten wir nicht machen. Ja, wer bezahlt denn am Schluss diese ganzen Kosten? Da wäre ich auch noch ganz gespannt, wie Sie das sagen, wie finanzieren wir das und wer bezahlt das am Schluss? Ich kann Ihnen sagen, wer es am Schluss bezahlt. Es sind wir, es ist die Bevölkerung, die das eben am Schluss nicht mehr im Sack hat.

Und Sie sagen immer, wenn ich schon bei der Bevölkerung bin, Sie sagen immer das Volk. Und das Volk hat entschieden und das Volk will Klimaschutz. Ja, das Volk ist für Klimaschutz, und auch wir von der FDP, wir wollen Klimaschutz. Aber wir wollen 2050. Das ist, was das Volk beschlossen hat. Das Volk hat 2050 beschlossen und nicht 2040. Deswegen lehnen wir heute ab. Wir wollen 2050 und nicht 2040. Vielen Dank.

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon): Die SVP hat die Meinung vertreten, wir würden mit dieser Änderung 40 Prozent der Zeit kürzen, die uns bleibt. Die meiste Zeit haben wir bereits in der Vergangenheit verloren. Wenn wir zurückschauen, wissen wir, dass es 1980 allgemein bekannt war, dass der Klimawandel menschengemacht ist und dass er Probleme verursachen wird. Damals hätte man eingreifen können, dann hätten wir jetzt schon 45 Jahre am Klimaschutz gearbeitet. Das wollten wir aber nicht respektive nicht wir, sondern die SVP, FDP und ihre

internationalen Verbündeten wollten das nicht, weil sie eine innovationsbremsende Politik betrieben haben, um die Geschäftsmodelle zu schützen, die davon leben, dass sie die Umwelt verschmutzen, dass sie den Klimawandel anheizen. Das ist der wahre Grund, weshalb wir jetzt hier stehen. Das ist der wahre Grund, weshalb wir jetzt immer dringendere Massnahmen ergreifen müssen.

Es ist ganz klar: Hitze, Trockenheit, Starkniederschläge werden uns auch in der Schweiz massiv treffen. Wir könnten jetzt Massnahmen ergreifen und das so schnell wie möglich machen. Das ist eigentlich auch das einzig Richtige. Es ist die einzige Option, die wir ergreifen sollten, denn das, was wir hier machen, ist im Endeffekt ein Innovationsprogramm für neue Geschäftsmodelle, für saubere Geschäftsmodelle, oder es ist auch ein Konjunkturprogramm, von dem die ganze Wirtschaft profitieren kann. Die Kosten, wenn wir nichts machen, die trägt auch die Bevölkerung, die massiv steigenden Kosten der Anpassungsmassnahmen, aber auch beispielsweise steigende Versicherungsprämien. Wir können jetzt beispielsweise im Wallis schauen gehen, was passiert ist, wenn man eben nichts macht. Man verpasst die Bekämpfung des Klimawandels und man weigert sich auch Anpassungsmassnahmen zu finanzieren, denn das können wir uns auch nicht leisten. Dann haben wir genau das Problem, dass die Versicherungsprämien massiv steigen, dass sich ganz viele Leute dann beispielsweise das Haus nicht mehr leisten können. Wir werden beobachten, dass wir Firmen haben, wie Novelis (*Aluminiumverarbeiter*), die überflutet werden, Produktionsstillstände haben und sich am Schluss natürlich – beispielsweise Porsche (*deutsche Automarke*) – dann überlegen, ja, will ich das Aluminium im Wallis kaufen oder will ich nicht lieber an einen anderen Ort gehen, wo ich sichere Verbindungen habe, wo ich das Aluminium bekomme. Also wir verlieren, wenn wir nichts machen. Deshalb bitte ich Sie, seien Sie endlich realistisch, hängen Sie nicht an einer Vergangenheit, die es nie gab, sondern schreiten Sie voran, sagen Sie, wir wollen Innovationen, wir wollen vorwärtsmachen und stimmen Sie diesem Gesetz zu.

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil): Mehrmals wurde die Landwirtschaft angesprochen. Dazu möchte ich als aktive Landwirtin sagen, die grössten Herausforderungen in der Landwirtschaft sind nicht das Klima oder die wechselnden Wetterbedingungen. Das war schon immer so und wird auch so bleiben. Ich hake diesen Umstand unter der Prämisse Natur ab. Was den Bauern wirklich immer mehr Kopfschmerzen macht, sind die unzähligen Auflagen zur Bewirtschaftung von Land, oftmals von theoretischen Schreibtischtätern gemacht; es werden Vorschrift um Vorschrift erlassen. Auch werden ohne Alternative immer mehr Pflanzenschutzmittel verboten, welche die Kulturen schützen könnten, gleichzeitig wird einwandfreie Ware gefordert. Dies und der Druck der Grossverteiler auf die Preise sind die grössten Herausforderungen in der Landwirtschaft, an den Rest passen wir uns an wie schon zig Generationen vor uns. Hier im Kanton Zürich vor Ort Lebensmittel zu produzieren, ist meiner Meinung nach der beste und nachhaltigste Klimaschutz.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Ich muss sagen, ich bin von der Debatte etwas schockiert. Ich bin etwas schockiert, weil die FDP es geschafft hat, das klimapolitisch rückwärtsgewandteste Votum abzuliefern – und nicht mal die SVP. Der Vertreter der FDP hat gewissermassen gesagt, der Kanton Zürich müsse im Prinzip gar nichts zu tun, der sei ja so klein, das mache ja sowieso keinen Unterschied. Wieso machen wir denn überhaupt etwas? Wir könnten genauso gut den CO₂-Ausstoss steigern. Es würde sich ja nichts ändern, wir sind so munzig, so vernachlässigbar. Wenn man das durchdenkt, China ist für 30 Prozent des CO₂-Ausstosses weltweit verantwortlich, aber auch China setzt sich zusammen aus ganz vielen kleinen Einheiten. Auch die chinesische Stadt Beihai könnte sagen, wir mit unseren 1,5 Millionen, wir machen keinen Unterschied. Weshalb sollten wir etwas machen, das bringt doch nichts? Und dann bewegt sich China, das für 30 Prozent verantwortlich ist, eben auch nicht. Deshalb ist diese Aussage, diese Logik so etwas von grundfalsch und strohdumm. Weiter wurde gesagt, wir fordern Massnahmen ein, hinter der die Bevölkerung nicht stehe. SVP sei Dank, wir werden über dieses Gesetz abstimmen. Wir werden deshalb sehen, dass die Bevölkerung für diese Gesetzänderung eintreten wird, entsprechend wissen wir, wir fordern ein, was die Bevölkerung will.

Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Liebe Rosmarie Joss, nicht, dass du dann nochmals ein so schlimmes Votum von der FDP hörst. Ich bin jetzt doch etwas verwirrt. China wird jetzt da erwähnt als Leuchtturmland bezüglich des Klimaschutzes. (*Heiterkeit*) Meine Güte, bitte, ich darf mein Votum doch zu Ende halten, ich bin einfach verwirrt, ich bin verwirrt ob dieser ganzen Kakophonie von Voten. Da hat Frau Sonja Gehrig von der GLP gesagt, es gehe nicht ums Fliegen, es gehe nicht ums Essen, liebe SVP und FDP, es gehe aber um ganz viele andere Sachen. Dann hat Herr Nicola Siegrist gesagt – da stimme ich ihm auch zu –, es gehe eigentlich um den Gebäudesektor und es gehe um die Mobilität. Nun, beim Gebäudesektor ist es so, dass wir da den grössten Hebel haben. Und da hat die FDP Ja gesagt zum Energiegesetz. Da sind wir dran.

Nun schauen wir uns aber doch noch mal den Massnahmenplan der Baudirektion an. Da muss ich sagen ob all dieser Kakophonie von Ideen, ich finde, die Baudirektion ist hier ganz klar. Ich zitiere: «Die Reduktion der Treibhausgasemissionen betrifft deshalb die Bereiche Gebäude, Mobilität, Industrie und Gewerbe, Abfall und Abwasser sowie Landwirtschaft. Der Kanton setzt sich auch dafür ein, dass die Treibhausgasemissionen, die ausserhalb des Kantons entstehen, zu vermeiden sind. Daher setzt er auch im Bereich Konsum und Güter Massnahmen um.» Die Massnahmen, die sind vollkommen klar, die sind klar und die werden die einzelnen Personen in unserem Kanton, die werden die Bevölkerung betreffen. Das kostet.

Wenn wir uns nun fragen, wo ist denn der Kompass der FDP? Der Kompass der FDP ist ganz klar ausgerichtet auf 2015. Das ist das, was nachhaltig ist. 2050, Entschuldigung, 2015 wäre jetzt natürlich ganz in Ihrem Sinn. Also; Der Kompass ist ganz klar ausgerichtet auf 2050, und da lasse ich mir den Optimismus eben nicht gegen den Pragmatismus ausspielen. Wir sind optimistisch, dass wir das

schaffen, aber wir möchten doch auch klar festhalten, dass die Bevölkerung mit dem Massnahmenkatalog, der hier so flockig irgendwie einfach unter den Tisch gekarrt wird, direkt betroffen sein wird. Deswegen haben wir mit 2050 kein Problem. Das ist unser Kompass.

Paul Mayer (SVP, Marthalen): «Lifere statt lafere» sagte Manuel Sahli. Ich stelle fest, dass Photovoltaik-Anlagen auf den Bauten von landwirtschaftlichen Siedlungen stehen, weiter auf Industrie- und Gewerbebauten, vor allem in ländlichen Gebieten. Unser Dorf Marthalen produziert an einem schönen Tag so viel Strom, wie das ganze Dorf zweimal brauchen würde. Der Diesel-Stapler in meinem Betrieb habe ich ersetzt durch einen Elektrostapler, aber das Geld dazu musste ich zuerst verdienen. Ich musste aber die Möglichkeit zum Geldverdienen erst einmal haben. Die Liegenschaften haben schon lange Wärmepumpen, das auch ohne Vorschriften. Herr Sahli, was machen Sie für das Klima? Genau Ihre Seite macht nichts dafür, und Sie denken, die anderen sollen das machen. Zu Ihnen sage ich: Sie «lafere» nur und «liferet» nichts für das Klima.

Daniel Rensch (GLP, Zürich): Ich wollte eigentlich ein paar pragmatische Tipps und Hinweise den Kollegen geben, damit Sie am Abend und am Göttertisch auch diskutieren können. Jetzt hat Paul Mayer schon ein paar der besten Beispiele gebracht. Ich denke, Sie haben ja Kollegen, die wissen wie es geht.

Also, ich bin Umweltingenieur und gebe Ihnen jetzt ein paar gute Tipps, wie wir das in 15 Jahren erreichen können: Die durchschnittliche Nutzung von Fahrzeugen – und ich spreche hier nicht nur von Autos, sondern von Fahrzeugen in der Schweiz – beträgt 9 Jahre. Alle 9 Jahre ersetzen wir in der Schweiz den gesamten Verkehrspark. Alle 9 Jahre kaufen wir ein neues Auto und einige Kollegen seitens der SVP etwas schneller.

Heizungen: Öl- und Gasbrenner werden alle 10 bis 15 Jahre ersetzt, 15 Jahre, also in 10 bis 15 Jahre haben wir diese ersetzt. Sie können das so machen, wenn Sie das wollen. Sie können es aber auch Paul Mayer nachahmen und erneuerbare Energien dafür brauchen. Und an den Kollegen Urs Wegmann: Das Bundesamt für Landwirtschaft empfiehlt, Traktoren nach etwa 10'000 Betriebsstunden zu ersetzen – dafür bekommen Sie auch etwas Geld –, alle 10'000 Betriebsstunden. Sie können mal rechnen, wie schnell das geht. Es tut mir leid, Sie schauen jetzt komisch, aber dann haben Sie in ihrem Leben etwas falsch gemacht. (*Heiterkeit*) Also das sind Tipps und das sind einfache Möglichkeiten, wie wir das in 15 Jahre erreichen. Das Geld dafür haben wir immer wieder gebraucht und haben wir jetzt auch, denn es ist nicht mehr so viel teurer und es wird immer günstiger auf eine klimaschonende und CO₂-neutrale Welt zuzugehen. Und ich hoffe, dass Sie damit jetzt genug Gesprächsstoff für Ihre Kinder zu Hause haben. Danke.

Bernhard im Oberdorf (SVP, Zürich): Es ist ja unbestritten, dass wir uns einsetzen für den Klimaschutz. Das entspricht dem gesunden Menschenverstand. Und sehr viel wird erreicht in all den Nischen, die nicht gesetzlich vorgegeben sind, in denen man aber einiges tun kann durch Einsatz des gesunden Menschenverstandes

und durch Einsparungen, wo es Sinn macht. Wenn ich mir aber die Seite vis-à-vis anhöre, die Debatte, diese Aggressivität, dann frage ich mich dann schon, worum es geht. Um den Klimaschutz an sich oder ist es vielleicht nicht der Ehrgeiz, möglichst schnell unterwegs zu sein, schneller als alle anderen? Das gute Beispiel wurde gesagt. Es ist natürlich ein Irrtum zu glauben, dass China, das ja am meisten CO₂ ausstösst, unserem Beispiel folgen würde. Nein, ein totalitäres Regime wird das nicht tun; das wird vielleicht höchstens sagen, gut, wenn die sich wirtschaftlich schwächen im Westen, dann ist das zu unserem Vorteil. Das ist dort die Strategie, hier dürfen wir diesbezüglich nun wirklich nicht naiv sein. Es ist natürlich eine Gefahr, wenn man versucht, möglichst schnell unterwegs zu sein mit Einschränkungen, dann ruiniert man einfach vollständig die Motivation etwas im Kleinen zu tun für den Klimaschutz. Das ist dann schlussendlich kontraproduktiv. Sie wissen ja, rasen bringt auch die Gefahr von Unfällen mit sich. Und wenn ich das Beispiel noch aufgreifen darf vom jungen Mädchen – es können ja auch Mädchen sein –, das schon früh zu Hause sein sollte und macht dann ab um 11 Uhr, in der Erwartung, dass es dann um 12 Uhr zu Hause ist. Wem ist dann gedient, wenn es überhaupt nicht mehr nach Hause kommt, weil es unterwegs beim Sich-Beeilen verunfallt ist? (*Unruhe im Ratssaal*)

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Ich freue mich, diese Debatte ist lebhaft und sie ist gut, sie muss erfolgen, und wenn es in einer zweiten Lesung ist, ist es umso besser.

Womit ich ein kleines Problem habe, ist die Verortung der Dunkelheit, wo man keine Zukunft sieht. Die Grünen haben schon beim Budget von No-Future geredet, sie reden hier wieder von No-Future, sie haben keine Zukunft. Die Grünliberalen reden von einem Problem mit Todesfolge, dass man das jetzt nur dank diesem Gesetz und den Massnahmen verhindern kann, und dass sie etwas ausgeben wollen für diese Massnahmen. Sie haben nicht beziffert, was sie ausgeben wollen, wie viel in welcher Zeitperiode, sondern sie haben einfach gesagt, sie wollen etwas ausgeben. Und das Tüpfchen auf dem «i» der Todesfolge ist Thomas Wirth mit Jahrgang 71, der sagt, ab 1980 haben wir alles verpasst, was wir machen konnten. Und wenn ich jetzt schaue, es gibt eine bekannte «Bild»-Titelseite vom 23. Februar 2007, «Bild» (*deutsche Boulevardzeitung*) titelt mit einer Weltkugel, wir haben nur noch 13 Jahre, die Welt zu retten. Da war der Klimawandel auch schon Thema. Also 2007 hatten wir nur noch 13 Jahre zum Überleben, um uns zu retten. Leider ist es vorbei. Und auch dieses Gesetz wird die Welt nicht retten. Das müssen Sie wissen. Da muss ich sagen, liebe SP, wenn Sie davon sprechen, das sei alternativlos, dann befinden Sie sich auf dem Holzweg, denn hier auf dieser Seite haben wir mehrere Voten gehabt, die Ihnen gezeigt haben, im Kleinen, mit kleinen Massnahmen, mit den heutigen Massnahmen, da haben wir die Alternativen und so schaffen wir das. Wir sind die Praktiker, die daran arbeiten, Sie sind die Theoretiker, die alternativlos vor dem Problem stehen. Arbeiten Sie mit, lehnen Sie diese Gesetzesänderung ab. Sie können mit uns etwas Besseres schaffen. Ansonsten müssen wir fast das Referendum ergreifen.

Konrad Langhart (Die Mitte, Stammheim): Ich habe zwar für die Schliessung der Rednerliste gestimmt, aber ich muss jetzt doch noch kurz etwas sagen. Die Kollegin Bossert – ist sie überhaupt hier? Nicht? Gut. Dann sage ich es ihr nachher noch. Es ist möglich, dass an der Pfnüsel-Küste der Klimawandel noch nicht eingetroffen ist oder man ihn nicht mitbekommt. Wir im Weinland haben da andere Erfahrungen gemacht. Bei uns hat er voll eingeschlagen in den letzten 10, 20, 30 Jahren; die Klimaextreme werden immer extremer. Natürlich, wir haben ein trockenes Gebiet, wir wissen auch, damit umzugehen, aber irgendwo hat alles Grenzen. Es ist schon so, dass die Preise und die Auflagen in der Landwirtschaft sicher auch Probleme sind, aber der Klimawandel ist es eben auch. Da gebe ich Ihnen sogar recht, wir können wahrscheinlich das Weltklima hier im Kanton Zürich nicht und auch nicht mit dieser Vorlage gross retten, aber wir müssen uns alleine retten, wir müssen sicher auch einen Beitrag dazu leisten. Da bin ich auch voll dabei. Auch ich freue mich auf die Abstimmung, die da stattfinden wird, und ich werde mich sicher auf der Pro-Seite engagieren. Vielen Dank.

Thomas Anwander (Die Mitte, Winterthur): Ich habe in einem Industrieunternehmen gearbeitet und kenne die Bedürfnisse der Wirtschaft aus erster Hand. Die ganze Diskussion, die wir jetzt erlebt haben, war sehr dogmatisch. Natürlich, nicht jedes Naturereignis ist auf den Klimawandel zurückzuführen, aber auch nicht jedes kantonale Gesetz führt zum Untergang der Wirtschaft. Wir müssen auch realistisch bleiben, was wir im Kanton Zürich und insbesondere als Kantonsräte bewegen können. So wichtig sollten wir uns auch nicht nehmen. Auf der anderen Seite sollten wir aber die Innovationskraft der Wirtschaft und der Industrie nicht unterschätzen. Wenn wir als Mittepartei Ja zum Energiegesetz sagen, dann darum, weil wir an die Innovationskraft der Schweizer Hochschulen und der Schweizer Industrie glauben. Allerdings ist uns wichtig, wie es auch im Gesetz festgehalten ist, dass diese Massnahmen im Energiegesetz volkswirtschaftlich verkraftbar sind. Was volkswirtschaftlich verkraftbar ist, werden wir in den nächsten Jahren sehen und immer wieder neu bestimmen müssen. Wir brauchen daher auf beiden Seiten mehr Pragmatismus und weniger Ideologie. Geben wir den Unternehmen die Chance, Innovationen zu realisieren. Darum macht auch die Senkung der Unternehmenssteuer sehr viel Sinn, da die Unternehmen damit Mittel bekommen, die sie für die Forschung und Entwicklung verwenden können. Auf der anderen Seite auch der Appell an die Politik: Überschätzt euch nicht, die Welt wird nicht von der Politik gerettet, sondern von der Innovationskraft von Ingenieuren und der Risikobereitschaft der Unternehmen.

Ueli Bamert (SVP, Zürich), spricht zum zweiten Mal: Ich habe mir ein paar Notizen gemacht und finde mich schon fast nicht mehr zu recht bei so vielen Reden, aber auf einige der Voten muss ich schon noch kontern.

Zunächst zur GLP-Fraktion: Dieses Definieren von Netto-Null, das ist Haarspalterei. Sie sprechen davon, dass wir den Klimawandel aufhalten müssen, dass wir kein CO₂ mehr ausstossen dürfen. Ein Flugzeug, das in Kloten startet, startet auf Zürcher Boden, wird in Zürich betankt und stösst CO₂ aus. Also Sie können mir

jetzt nicht mit irgendeiner komischen Definition kommen und sagen, ja, das gilt dann schon nicht. Wenn Sie wirklich wollen, dass Schweizerinnen und Schweizer bis 2040 oder von mir aus bis 2050 kein CO₂ mehr ausstossen, dann darf niemand mehr in die Ferien fliegen. Das ist schlicht und ergreifend ein Fakt. Andreas Hasler, du hast, glaube ich, direkt oder nicht direkt angesprochen, es geht ja sicher auch darum, dass man CO₂ im Boden verbuddeln kann. Auch das eine Technologie, in die sehr viel Hoffnung gesteckt wird, aber Ihre Hoffnungen werden enttäuscht werden. Das ist ganz klar. Das wird man nie im grossen Stil machen können. Am Ende des Tages müssen Sie uns erklären, wie wir bis 2040 kein oder fast kein CO₂ mehr ausstossen. Und da komme ich auf diese zahlreichen Fragen zurück, die gestellt wurden von meinen Kollegen hier zu meiner Linken und Rechten und die von den wenigsten wirklich beantwortet wurden. Du lachst, Nico (*Nicola Siegrist*), ich wollte dich gerade erwähnen, du hast das gut gemacht. Das überrascht mich nicht, dass du eine gute Antwort gegeben hast. Und auch Dani Rentsch hat uns Tipps gegeben. Aber es ist mir nicht konkret genug. Sagen Sie uns ganz konkret, sagen Sie uns ganz konkret, was passieren muss, dass wir bis 2040 weg sind, dass wir kein CO₂ mehr ausstossen.

Thema Energiegesetz, das Energiegesetz haben wir verabschiedet, ja, das stimmt. Es ist heutzutage fast nicht mehr möglich, eine fossile Heizung zu ersetzen. Aber was machen wir denn 2035, wenn immer noch 20 oder 30 Prozent der Heizungen fossil sind? Und das werden Sie sein, denn heute sind mehr als die Hälfte der Heizungen fossil, und 2035, wenn es gegen 2040 geht, wird immer noch ein sehr grosser Teil fossil sein. Was kommt dann? Kommt dann der Sanierungszwang? Sagen Sie dann den alten Leuten, du musst jetzt die Heizung herausreissen, obwohl sie noch läuft? Kommt das dann? Also, das ist eine konkrete Frage. Sie können Sie dann nachher beantworten. Oder deine Tipps, Dani Rentsch, kaufen Sie ein Elektroauto, kaufen Sie alle 10 Jahre ein neues Auto. Das ist eine gute Zahl, aber was, wenn es die Leute nicht machen. Die Zahl heute ist verschwindend klein. Man meint in der Stadt Zürich, es fahren nur Teslas (*US-amerikanische E-Automarke*) rum, aber die Prozentzahl ist irgendwo bei 5 Prozent. Was, wenn 2035, 2036, 2037 immer noch über die Hälfte ein Verbrennungsmotor hat. Was machen Sie dann? Verboten Sie dann den Verkauf von Treibstoff in der Schweiz? Und was, wenn 2037 nach wie vor zahlreiche Industriebetriebe im Kanton sind, die immer noch nicht auf erneuerbare Energie umgestellt haben, weil sie es einfach nicht können, weil es keine Alternativen gibt, da wo man wirklich viel Energie braucht. Was machen Sie dann? Werden Sie konkret, sagen Sie es uns heute und hier drin konkret. Sagen Sie es der Bevölkerung konkret, was es bedeutet, wenn Sie bis 2040 kein CO₂ mehr ausstossen wollen.

Nico Siegrist, du hast gesagt, wir sollen ein bisschen optimistischer sein. Es gibt einen Unterschied zwischen Optimismus und Realismus. Wir sind sehr optimistisch. Ich könnte es jetzt auch umdrehen und sage, ihr sprecht die ganze Zeit davon, dass die Welt wegen des Klimawandels untergehe. Seid Ihr doch mal ein bisschen optimistischer. Um auf deine Frage zurückzukommen: Wir sind halt einfach Realisten, wir wissen, dass es nicht geht. Ich habe es in diesem Saal schon

mehrmals gesagt, niemand hat ein Problem damit, von fossiler Energie wegzukommen, aber die Fixierung auf Jahreszahlen ist grotesk. Sie macht einfach keinen Sinn. Du schaust mich so böse an, lieber Thomas Forrer. Lieber Thomas Forrer, du schaust mich so böse an. Viele von Ihnen haben auf die Frage, weshalb wir diese Übung hier abziehen, aufgezählt, was denn so alles Schlimmes passiert. Ja wohl, die Folgen des Klimawandels sind spürbar, aber das ändert nichts daran, dass wir nichts an diesem Zustand ändern, wenn wir hier im Kanton Zürich eine Zahl in ein Gesetz schreiben, die wir nicht erreichen werden.

Und noch eine allerletzte Bemerkung: Andreas Halser, du bist Präsident der KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*). Ich finde es ein bisschen irritierend, wenn du dich hier als Erstredner so dezidiert äusserst. Du machst deine Präsidialarbeit sehr gut, aber ich hätte nicht erwartet, dass du dich hier drin so deutlich zu diesem Gesetz äusserst und es nicht von vornherein deinem Kollegen überlässt. Dass du dann noch die Schliessung der Rednerliste verlangst, ist auch nicht gerade guter Stil, aber das musst du selber wissen.

Manuel Sahli (AL, Winterthur), spricht ein zweites Mal: Ich wurde angesprochen. Es wurde von Karl Meyer aufgezählt, was sein Beitrag ist. Es ist schön, es ist wichtig, es braucht jeden Beitrag, und ich finde es auch schön, dass es in Marthalen viele Solaranlagen gibt.

Dort, wo ich wohne, beziehungsweise wo unsere WG zu Hause ist, hat es auch Solarzellen auf dem Dach. Wir sind dort aber nur zur Miete, haben sie nicht selber gebaut, aber dort ist es soweit in Ordnung. Wenn ich persönlich angesprochen werde, ich habe gesagt, es brauche den Wandel in den Köpfen. Ich schaue soweit ich kann auf meinen Konsum, damit ich möglichst nachhaltig unterwegs bin, damit ich mich nicht der Wegwerfgesellschaft anschliesse in verschiedenen Bereichen wie Kleider, Ernährung und auch bei der Elektronik, auch wenn es schwierig ist, aber das würde alles zu weit führen, es wäre ein umfassender Roman. Ich schaue aber beispielsweise, dass ich nachhaltig reise, und dies ist übrigens auch genau das, was Thomas Weidmann am Abend seinen Kindern erzählen kann. Sie müssen nicht weit reisen. Es wurde in der Vergangenheit auch ohne Flugzeuge gereist. Erklären Sie das Ihren Kindern. Sie können in den Norden gehen, wo es Nordlichter gibt, Sie können in den Süden reisen, wo es Sonne, Strände gibt, Sie können im Osten und Westen die verschiedensten Städte besuchen und Sie können auch hier in der Schweiz in die Berge gehen, dies alles innerhalb eines Tages. Hierfür muss niemand auf die Malediven oder nach Malta fliegen, auch wenn Ihnen dies die Werbung glaubhaft machen will. Es ist alles quasi vor der Haustüre, und ja, das ist übrigens auch adressiert an die Kolleginnen hier auf der linken Seite. Und erklären Sie weiter, was wissenschaftlicher Konsens ist. Das stört mich, hier werden Argumente hin und her geschossen. Erklären sie, was der wissenschaftliche Konsens ist, denn dieser besteht bei diesem Thema, und erklären Sie, was die Auswirkungen des Klimawandels sind. Dann können Sie nämlich auch erklären, warum Sie gegen diese wissenschaftlichen Erkenntnisse versuchen anzukämpfen. Da hilft Ihnen ein einzelner Medienbericht auf SRF nicht weiter. Ja, es ist keine einfache Diskussion, und es ist mir auch bewusst, dass wir das

Problem nicht hier im Rat alleine lösen können, doch das Gesetz ist ein wichtiger Schritt. Sagen Sie bitte Ja zu Netto-Null 2040, weil wir hier genau «lifere» und nicht «lafere» sollten. Da haben wir im Kanton auch den Hebel, vor allem im Gebäudebereich oder im Verkehr. Es wurden bereits zuvor genügend Möglichkeiten aufgezählt. Es ist möglich. Besten Dank.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren), spricht zum zweiten Mal: Ich gebe Ueli Bamert recht, auch meine Notizen sind inzwischen ausufernd, auch ich muss ein bisschen schauen, den Überblick zu behalten. Aber ich gebe Ueli Bamert nicht recht, wenn er unseren KEVU-Präsidenten angreift, insbesondere dann, wenn er seine Interessenbindung als Lobbyist nicht bekannt gibt und sagt, wir können das Ganze nicht. Ich glaube, lieber Ueli, du willst auch nicht Erdölvertreter genannt werden – das nur nebenbei.

Wir sind sehr wohl realistisch, beziehungsweise rational unterwegs. Ich bin ein bisschen älter als Thomas Wirth und kann entsprechend auch noch etwas erzählen aus den 80er-, 90er-Jahren, was er vielleicht weniger kann. Er kennt es nur aus Beschreibungen. Ich habe es hier drin schon x-mal gesagt und will es nicht nochmals sagen, um mich grösser zu machen, aber ich bin seit 1987 – das war nicht gestern, das war nicht vorgestern, das war vorvorgestern – an diesem Thema dran. Also man kennt diese Themen, sie sind entsprechend auch nicht neu. Wenn Sie von der rechten Ratsseite, also SVP, FDP, sagen, wir handeln jetzt völlig überhastet, man könne in dieser kurzen Zeit eh nichts ändern. Warum können wir das nicht in dieser kurzen Zeit ändern? Weil Sie über Jahrzehnte einfach das Problem negiert haben und Sie negieren es jetzt immer noch. Sie sind hier nicht realistisch. Und zu Ihrer Frage, die Sie immer wieder in den Raum stellen: Ja, es ist so, weil wir über Jahrzehnte nichts gemacht haben, gibt es am Anfang wahrscheinlich einen Wohlfahrtsverlust. Wir können und müssen teilweise den Gürtel enger schnallen, wir müssen schlauer werden und wir müssen schneller werden darin, was das Ganze bedeutet. Insgesamt werden wir aber daraus einen Gewinn ziehen. Herr Weidmann hat mit seinem Wasserzerstäuber ein schönes Beispiel gebracht, dass, wenn es brennt, das mit dem Wasserzerstäuber nichts nützt. *(Zwischenrufe)* Urs Wegmann, Entschuldigung, falscher Name, eben mein Durcheinander in meinen Notizen, nicht in meinem Kopf. *(Heiterkeit)* Ein einzelner Wasserzerstäuber nützt effektiv nicht sehr viel, wenn es brennt. Urs Wegmann gibt mir wahrscheinlich recht, hätten wir vorher unsere Wälder – oder auch in Kalifornien – besser gepflegt – und nicht nur mit einer Person und einem Wasserzerstäuber, sondern eine Million, eine Milliarde –, wenn wir alle etwas getan hätten, um die Wälder zu benetzen, um bei dieser Metapher zu bleiben, dann hätte es wahrscheinlich erst gar nicht gebrannt. Wir wollen alle, dass es in Zukunft weniger brennt, hier in der Schweiz und international, damit der Wohlstand nicht massiv abnimmt, sondern nur ein bisschen abnimmt, um dann wieder durchstarten zu können. Ich glaube, das muss in unserem Interesse sein. Unser Handeln ändert etwas. Wenn Sie Ihren Kindern sagen müssen – ich habe keine Kinder –, eigentlich hätte ich einen Wasserzerstäuber gehabt, aber ich habe ihn nicht angewendet. Warum machen Sie

dann noch Politik, wenn Sie nicht handeln? Wenn wir wissen, wir haben ein Problem und nicht handeln, dann machen wir uns –irgendjemand hat gesagt, es war Herr von Euw, wir würden ein Verbrechen begehen oder wir handelten verbrecherisch –, das ist verbrecherisches Handeln, wenn wir besseren Wissens nichts machen. Und ich rufe Sie nochmals auf – Sie haben ja gesagt, wir sollten zusammen etwas machen –, ich rufe Sie nochmals auf, zusammen mit uns etwas zu machen, zumindest in kleinen Schritten vorwärtszugehen. Sie machen nicht einmal die kleinen Schritte. In diesem Sinne hoffe ich doch schwer, dass Sie es sich nochmals überlegen und das Referendum nicht ergreifen. Besten Dank.

René Isler (SVP, Winterthur): Auf den letzten Redner angesprochen, möchte ich doch noch erwähnen, dass das hinten und vorne nicht stimmt, was er sagt. Man könnte meinen, der Kanton Zürich oder auch die Schweizerische Eidgenossenschaft habe in den letzten Jahren gar nichts gemacht. Wir haben Milliarden und Abermilliarden ausgegeben. Das fing mit den Rauchgasreinigungen in den Haushalten mit Gasbrennern an, die Industrie hat umgeschaltet. Wir haben ja den Glühbirnenwahnsinn durchgespielt nach dem Motto, «Wir retten jetzt die Umwelt», wir schmeissen alle Glühbirnen raus für Millionen und Abermillionen von Franken. Wir haben unsere Staubsauger schlechtgemacht, damit wir nicht mehr Strom brauchen. Wie gesagt, alleine der Kanton Zürich hat in den letzten 15 Jahren 18 Milliarden Franken ausgegeben für solche direkten oder indirekten Umweltschutzmassnahmen. Also hier zu behaupten, der Kanton Zürich oder die Schweizerische Eidgenossenschaft mache nichts, ist völlig falsch. Wenn Sie die Brände in Los Angeles ansprechen, das ist tragisch. Aber zu Ihrer Beruhigung, man ist schlussendlich von der Klimaerhitzung abgekommen, denn es waren ja Brandstifter. Also man hat diejenigen verhaftet, da nachweislich fahrlässig gehandelt wurde, dass Brandstiftung die eigentliche Ursache war und nicht der Klimawandel. Man kann selbstverständlich das Klima auch nicht schützen, aber wir können zur Umwelt Sorge tragen. Das ist ein ganz anderer Stiefel.

Noch zu «lifere statt lafere»: Mein Bruder und ich haben in den letzten 3 Jahren über 900'000 Franken in unsere beiden Mehrfamilienhäusern investiert, Erdsonden und Isolationen. Also von «nichts machen» kann hier nicht die Rede sein. Wir mussten 2 Jahre warten, bis wir das machen konnten. Zurzeit ist der Markt überhitzt. Es gibt mehr Nachfrage als Firmen, die das fachgerecht und sauber machen können. Wir mussten zweieinhalb Jahre warten, bis wir das machen konnten. Uns vorwerfen, wir machen nichts, ist falsch, wir haben fast 1 Million in die Hand genommen. Ich kann Ihnen sagen, wir können die Kosten nicht 1 zu 1 unseren Mieter und Mieterinnen überwälzen. Da tragen wir vieles selber, doch uns war das ein Anliegen. Also hören Sie auf, da schwarzzumalen. Es wäre nur schon der Menschheit gedient, wenn alle Linksgrünen, die das fordern, die das der Allgemeinheit aufs Auge drücken, das selber mal umsetzen würden. Glauben Sie mir, wir hätten morgen 2 Grad kühler.

Yiea Wey Te (FDP, Unterengstringen): Ich habe jetzt lange zugehört und mir sehr viele Notizen gemacht. Es wurde so viel gesagt, doch es bringt nichts. Es wurde

gesagt, dass es Lösungen gebe, es gebe Lösungen, wie man das Problem lösen könne. Ich frage mich einfach, können wir diese Lösungen auch in der geforderten Zeit implementieren? Ich bin ganz dezidiert dafür, dass wir Umweltschutz durch Innovationen machen. Das ist die Stärke der Schweiz. Darin sind wir gut. Innovationen, das wissen wir alle und das weiss auch die Welt, die brauchen Zeit. Da sind wir dran, weil wir es fordern. Nach den Innovationen aber brauchen wir Zeit, bis sie zur Anwendung kommen. Ich sage einfach Zertifizierungen, Gesetzgebung und so weiter; es braucht Zeit. Nur schon deshalb lohnt es sich zu warten, sonst brauchen wir die Innovationen eben nicht mehr, wenn wir dies zu früh fordern. Da kann ich nur sagen, das ist kontraproduktiv. Es werden Beispiele gebracht wie die Brände in den USA und überall, aber nur nicht in der Schweiz. Sie führen Probleme an, die wir nicht hier haben, sie bringen Probleme aus dem Ausland. Da sage ich Ihnen, das können wir hier in Zürich nicht lösen, auch nicht, wenn wir jetzt sagen, wir möchten das Gesetz in 10 Jahren einführen. Das hilft nicht. Das schadet nur. Das wollen wir vermeiden.

Ich will unbedingt auch noch sagen, dass es wirklich, wirklich wichtig ist, dass wir den Schulen, den Hochschulen die Zeit geben, dass wir den Unternehmen die Zeit geben, die es braucht, damit wir eben auch das Energiegesetz einhalten können, denn sonst passiert das, was wir nicht wollen, dann kaufen wir CO₂-Zertifikate aus dem Ausland, nur damit wir auf dem Papier dort stehen, wo Sie glauben, zu stehen. Das ist kontraproduktiv. Lassen wir uns Zeit. Wir wollen alle, dass wir das Energiegesetz erreichen, aber geben Sie uns bitte die Zeit, die wir dazu benötigt.

Ratspräsident Jürg Sulser: An dieser Stelle möchte ich noch die Schule Buechwis in Benglen, die dritte Sekundar-Wahlfachgruppe recht herzlich bei uns begrüßen. Schön, dass ihr das seid.

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), spricht zum zweiten Mal: Ich spreche selbstverständlich nicht als Kommissionspräsident. Ein Geschäft ist dann aus der Kommission entlassen, wenn die erste Lesung vorbei ist. Dann fühle ich mich sehr frei, mich zu einem Geschäft zu äussern. So habe ich das heute auch getan. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, ich habe inhaltlich nicht besonders viel gesagt, was nicht im Gesetz steht. Ich habe einfach in Erinnerung gerufen, was da steht: bis 2040, spätestens 2050. Wir haben ein ehrgeiziges Ziel gesetzt mit diesem Gesetz, wissen, dass es ehrgeizig ist, wollen aber, dass wir 2050 wirklich bereit sind. Das habe ich ausgeführt. Das scheint Ihnen etwas Sorge zu bereiten. Sie haben ja auch gesagt, es sei eine absurde Fixierung auf eine Jahreszahl. Nun, Sie machen das Referendum wegen einer Jahreszahl. Sind jetzt Sie absurd oder wer genau?

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen) spricht zum zweiten Mal: Das wird ein langer Abend, so oft meine Kinder erwähnt wurden, da muss ich mit ihnen die ganze Debatte schauen. Aber ich schätze das sehr, die einen Antworten waren wirklich

gut, ich nehme sie auf. Ich muss es noch ein bisschen in eine Bildersprache hineinpacken, dass es mir dann wirklich klar ist, also Auto durchgestrichen und Flugzeug durchgestrichen.

Von der Mitte bin ich ein bisschen enttäuscht, dass sie hier mitmacht. Thomas Anwander, der grosse Wirtschaftsmann, sagt hier drin im Saal, es sei ein Kompromiss, es sei ideologieneutral. Nein, was sie heute machen, Sie stimmen mit den extremen Linken für den 2040-Antrag. Das ist extrem, das ist doch kein Kompromiss. Sie sind hier ideologisch. Wir versuchen Fakten zu bringen. Die Fakten sind, wenn ich es sagen darf, heute sind 61 Prozent der Heizungen Öl oder Gas. Ich will dann sehen, wie das 2040 ist, wie das Ueli Bamert richtig gesagt hat. Oder in 117 Gemeinden im Kanton Zürich dominieren Ölheizungen. Das gibt einen wahnsinnigen Umbau auf 2040. Oder Elektroautos, ich fahre schon lange eines, das sind aber nur 5 Prozent. Die wechseln Sie alle bis 2040. Dafür müssten Sie aber wohl irgendwie all die Haushalte und Familien subventionieren, damit die das dann auch machen. Und wenn der Strompreis gleichzeitig noch teurer wird, wird der Umstieg noch viel schwieriger.

Dann wurde ich von Herrn Bärtschiger angesprochen, ich solle handeln. Es war eine schöne Rede, sie hat mir gefallen, hat mich inspiriert. (*Heiterkeit*) Nein, das meine ich ernst, aber ich habe mir überlegt, was ist mein Handeln. Mein Handeln ist, dass ich seit Jahren den Atomstrom befürworte. Ich frage mich, wenn die Klimakrise die wesentliche Krise ist, dann will ich wissen, okay, warum hat man dann nicht vor 10, 20 Jahren mehr in die Atomstromenergie investiert. Dann ist es doch viel weniger schlimm, wenn man damit eine Klimakrise verhindern könnte. Das ist mein Handeln. Ich möchte genügend Strom, die alle Haushalte zu einem günstigen Preis erhalten. Ich möchte nicht Luftschlösser bauen für meine Kinder, mit dem Wissen, dass sie dann Wohlstandverlust haben 2040. Ich will keinen Wohlstandverlust für meine Kinder.

Und Manuel Sahli, das Reisen: Sie haben es ein bisschen wie einen Sport oder ein Hobby beschrieben. Wissen Sie, auch wenn ich in der SVP bin, bin ich doch sehr international unterwegs; meine Familie lebt verteilt über den Globus. Also darf ich meine Familie in Amerika, meine Eltern, nicht mehr besuchen? Das ist ihr Plan. Selbstverständlich gehe ich mit den Kindern wandern. Ich erziehe meine Kinder sehr wohl im Umweltschutz. Stellen Sie sich das vor. Ich versuche sie Bescheidenheit zu lernen, dass sie nicht übermässig konsumieren, dass wir mit den Ressourcen sorgfältig umgehen. Für mich ist Klimaschutz eben Umweltschutz. Das betreibe ich. Und wenn jedes Land Umweltschutz betreiben würde, hätten wir das ganze Klimaproblem im Griff. Dann würde Deutschland keine Braunkohle abtransportieren und verbrennen. Reden Sie doch vom Umweltschutz, da sind wir uns sogar vielleicht einig. Aber hören Sie auf mit diesem globalen Klimaschutz-Getue, das am Schluss, wenn Sie dieses Gesetz hier annehmen, wir alles ändern würden. Das ist einfach Schwachsinn. Das wollte ich noch gesagt haben.

Thomas Anwander (Die Mitte, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Lieber Tobias, ich glaube, wenn du mich angesprochen hast wegen meiner Sympathie zu

diesem Gesetz folgender Hinweis: Ich habe in der Maschinenindustrie gearbeitet. Ich habe gesehen, was unsere Ingenieure konnten; sie haben Maschinen entwickelt, die über 10 Jahre 30 bis 40 Prozent weniger Energie verbraucht haben. Vielleicht rührt mein Optimismus daher, dass ich näher bei den Ingenieuren war als bei der Finanzwirtschaft.

Paul von Euw (SVP, Bauma) spricht ein zweites Mal: Zuerst möchte ich Ueli Bamert kompensieren, er sei in der Öl-Lobby, hat es vorhin geheissen, ich selber verkaufe und installiere – oder meine Firma – Solaranlagen, Photovoltaik-Anlagen. Also Sie können beruhigt sein, wir ergänzen uns wunderbar.

Aber ich stelle immer wieder fest, Sie verkennen den Inhalt dieser Diskussion. Wir haben 2050 gar nie in Frage gestellt – darüber hat die Bevölkerung abgestimmt. Wir stellen in dieser Debatte 2050 gar nicht zur Diskussion. Wir haben das Problem, dass Sie den Zürcherinnen und Zürichern 40 Prozent der Zeit wegnehmen, um sich neu zu disponieren. Ich glaube an die Schweizer Industrie, ich glaube, dass die Schweizer Industrie innovativ ist, aber wenn man am Gras zieht, wächst es nicht schneller, wenn die Ressourcen in unserer Arbeitswelt da draussen fehlen, um Strom zu produzieren, um Strom zu übertragen und den Strom schlussendlich so zu verbrauchen, wie wir es sollten, wenn das alles fehlt, wenn das Gewerbe hinten und vorne nicht nachkommt, da können Sie noch so gut sein in der Industrie. Es wird einfach nicht gebaut. Gut.

Wir machen halt ehrliche Politik, wir stellen keine Transparente auf und sagen dann ja, jetzt geht es doch nicht. Ich gebe Ihnen ein aktuelles Beispiel: Im letzten Frühling hat Ihre Seite von hochalpinen Solaranlagen geschwärmt; das sei die Lösung. Die AXPO (*Schweizer Energiekonzern*) hat jetzt das Ganze etwas relativiert und hat die Produktion etwa um 92 Prozent reduziert, weil es scheinbar nicht geht. Ich verspreche Ihnen – und darum sage ich plakativ –, das, was Sie sagen, das ist nicht erhärtet, das ist eine Idee. Sie sprechen von Lösungen, ich sage denen Ideen. Eine Lösung ist eine Idee mit einem Plan, wie man sie umsetzen will. Doch Sie haben keinen Plan, Entschuldigung. Wenn ich Herrn Umweltingenieur Rensch zuhöre, er sagt, ich habe die Lösung, wir kaufen nach 9 Jahren ein neues Elektroauto und wir wechseln noch unsere Heizung aus. Ich bin nicht Umweltingenieur, aber ich kann mir auch vorstellen, dass ich mit dieser Idee zum Ziel komme. Nur, wer macht es? Wir haben diese Ressourcen nicht. 1000, über 1000 E-Ladestationen pro Woche bis ins Jahr 2040, 11'000 Heizungen pro Jahr inklusive der Neubauwohnungen und Häusern. Da brauchen Sie keine Idee, da brauchen Sie eine vernünftige Strategie, keine Plakate und dann kommen wir zum Ziel. Vorhin hat jemand gesagt, ja, wir könnten auch 2026 machen. Ja das stimmt. Diese Diskussion kommt mir genauso vor, denn, wenn wir das nicht erreichen, dann sagen Sie, die Rechte hat aus diesen und diesen Gründen geschlafen. Das sagen Sie jetzt schon, das werden Sie uns dann auch 2030 sagen, Sie seien innovativ und wir die Penner. Das ist dann aber nicht so, sondern wir sind die, die eine vernünftige Strategie wollen und keine plakative Strategie. Daher bin ich froh, dass die Bevölkerung darüber abstimmen kann, und ich bin überzeugt, ich bin überzeugt, dass dieses Drehen an der Schraube, das erneute Drehen, dass dies die

Bevölkerung nicht mehr goutieren will, denn Sie drücken die Bevölkerung, Sie drücken sie in ein Korsett, Sie nehmen ihnen damit viel Geld weg, es wird teurer, das Gleiche in weniger Zeit zu produzieren als in einer längeren Zeit. Darum wird es teurer, und wir geraten in die Gefahr, in die wiederholte Gefahr von zu wenig Strom.

Regierungsrat Martin Neukom: Man kann sagen, es gibt bei der Klimaleugnung fünf Stufen, oder wenn Sie wollen, man kann auch sagen, es gibt fünf Stufen von Menschen, die jegliche Massnahmen zum Klimaschutz ablehnen.

Die erste Stufe ist, wenn die Leute sagen, es wird gar nicht wärmer, die Messungen stimmen nicht. Von denen gibt es heute nicht mehr so viel; die gab es aber in den 80er-Jahren zuhauf.

Stufe zwei: Ja gut, es wird zwar wärmer, aber damit hat der Mensch nichts zu tun. Also die sagen, der menschliche Einfluss auf das Klima, der ist inexistent, es wurde so oder so schon wärmer, ohne den Menschen.

Stufe drei: Ja, es sei zwar so, dass der Mensch den Klimawandel verursacht hat, es wird wärmer, aber es ist alles gar nicht so schlimm. Das haben wir heute auch schon gehört.

Stufe vier: Ja okay, es ist zwar der Mensch, es wird wärmer und es ist tatsächlich schlimm, aber man kann nichts machen. Ja, man würde ja schon, aber es geht einfach nicht.

Und was ist die Stufe fünf? Jetzt ist es zu spät, sagen sie dann. Das ist die Stufe fünf. Und ich habe heute von Ihnen schon verschiedenste solcher Voten gehört.

Ich habe letztens eine Publikation gelesen von James E. Hansen, einem sehr bekannten Klimawissenschaftler aus dem Jahre 1981, um einfach mal zu sehen, wie die Stimmung damals war. Es ist also bemerkenswert, wie viel er schon wusste und dargestellt hat 1981. Deshalb, liebe SVP, hier haben Sie schon ein Glaubwürdigkeitsproblem, wenn Sie hier jetzt so gross auftreten und sagen, wir sind die, die das machen und das Klima schützen wollen. Also, dafür hätten wir also viel Zeit gehabt, für diesen Klimaschutz. Doch nehmen wir nicht 1981, sondern 1990, seit 1990 sind doch einige Jahre vergangen, da hätte man Zeit gehabt, um wirklich Fortschritte zu machen. Es wurden immer wieder ambitionierte Ziele diskutiert, vor allem ambitionierte Massnahmen auf politischer Ebene, und manchmal gab es eine Mehrheit dafür und manchmal gab es keine Mehrheit dafür und es wurde abgelehnt. Deshalb, wenn man damals Massnahmen getroffen hätte, zum Beispiel einen wirksamen CO₂-Preis oder was auch immer, dann wären wir heute natürlich deutlich weiter, das heisst, all jene, die jetzt sagen, das ist völlig überhastet, das wäre ja nur dann glaubwürdig, wenn Sie sich bisher sehr engagiert hätten für diesen Klimaschutz. Falls Sie das haben, ich habe es zumindest nicht gemerkt.

Worüber wird heute abgestimmt? Ich habe den Eindruck, es ist jetzt einfach in eine ganz grundsätzliche Klimadebatte, fast schon in einem Kulturkampf ausartet, aber es ist eine Gesetzesänderung des Energiegesetzes, und diese Gesetzesänderung enthält keine Verbote. Es enthält den Auftrag, das ist der wichtigste Punkt, die wichtigste materielle Änderung, es enthält einen Auftrag an Kanton und Gemeinden, ihr Beschaffungswesen im Sinne der Klimaziele zu nutzen, das

heisst, Sie sollen beim Bau darauf schauen, dass sie möglichst versuchen, die grauen Emissionen zu reduzieren, sie sollen auf ihren eigenen Gebäuden Solaranlagen installieren, sie sollen ihre eigenen Gebäude sanieren und vielleicht Elektromobile beschaffen anstatt Verbrennungsmotoren und vor allem der wichtigste Punkt – das ist mir persönlich vor allem wichtig –, die Gemeinden und der Kanton sollen das Beschaffungswesen nutzen, um ökologische Innovationen voranzutreiben. Was heisst das konkret? Es gibt viele Firmen, die bieten interessante ökologische Lösungen an. Teilweise aber, wenn es ein neues Produkt ist, ist es noch nicht ganz so gut, es ist noch nicht ganz marktreif, es ist vielleicht noch etwas teurer. Was diese Firmen brauchen, ist Nachfrage, auch wenn es noch gar nicht viel ist, die Stückzahlen müssen noch nicht gross sein. Jede Firma, die ein neues Produkt auf den Markt bringt, braucht in erster Linie mal Nachfrage, damit sie Erfahrungen sammeln kann. Genau das können Gemeinden und der Kanton tun, indem sie sagen, wir bestellen Nachhaltigkeit, wir bestellen Klimaschutz, dann haben Firmen die Möglichkeit, Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu liefern. Das steht in diesem Gesetz. Die anderen Dinge, die hier gesagt wurden, stehen nicht im Gesetz. Was im Gesetz noch steht, ist das Ziel. Ich möchte nochmals kurz vorlesen, auf welches Ziel Sie sich geeinigt haben. Da steht, in Paragraph 1a, Klimaziel: «Die Treibhausgasneutralität im Kanton Zürich ist bis 2040, spätestens aber bis 2050 zu erreichen.» Also für mich klingt das nach einem Kompromiss. Es erinnert mich sehr stark an die Formulierung, die wir in der Klimastrategie verwendet haben.

Dass die Politik Ziele setzt, ist übrigens nichts Aussergewöhnliches. Gewisse dieser Ziele werden erreicht, andere werden nicht erreicht. Wir hoffen jetzt in diesem Falle, dass es erreicht wird. Ein Beispiel, das Veloweggesetz, über das die Bevölkerung abgestimmt hat vor einigen Jahren, enthält das Ziel, dieses Velowegnetz in der ganzen Schweiz bis 20 Jahre nach in Krafttreten, das heisst, bis 2042 zu erreichen; das hat man so bestimmt, das steht im nationalen Veloweggesetz. Ob das jetzt heisst, dass dann diese Velowege tatsächlich bis 2042 umgesetzt sind, werden wir noch sehen, aber es ist ein Ziel und es ist ein sehr ambitioniertes Ziel, und es heisst, dass man daran arbeiten muss, um das umsetzen zu können.

Was natürlich stimmt, ist, dass der Kanton Zürich nicht alleine die Möglichkeit hat, um dieses Ziel zu erreichen, denn Klimaschutz ist eine Verbundaufgabe. Es gibt nicht ein einzelnes Land, irgendeinen einzelnen Kanton, eine einzelne Firma oder eine einzelne Privatperson, die das erreichen kann. Man kann es nur erreichen, wenn eine genügend grosse Menge an Staaten, Firmen und Einzelpersonen in diese Richtung zusammenarbeiten. Es gibt einzelne Firmen, die haben ein Netto-Null-Ziel, auch grosse global tätige Firmen haben Netto-Null-Ziele, auch diese hängen davon ab, dass auch die Technologie vorangeht und dass die anderen auch mitziehen. Ob es dann gesamthaft weltweit reicht, das kann niemand sagen, aber es ist sicher sinnvoll, dies auszuprobieren.

Noch ganz kurz: Sie haben gesagt, es sei ja völlig unklar, wie das zu erreichen sei. Sie können einen Blick in die Klimastrategie werfen. Zwei Drittel, also der grösste Brocken unserer Emissionen, sind Verkehr und Heizungen. Bei den Heizungen sind wir sehr gut unterwegs. Sie können sich das auf der Webseite anschauen, wie

sich die Emissionen der Zürcher Heizungen entwickeln. Dank des Energiegesetzes geht es da steil nach unten. Bei den Fahrzeugen ist es viel schwieriger, allerdings sehe ich grosse Fortschritte im Bereich der Batterietechnik der Elektromobile. Ich gehe davon aus, dass diese über die Zeit, in den nächsten Jahren nochmals günstiger werden, und hoffe sehr, dass dann dieser Umstieg auf Elektromobilität endlich vollzogen wird. Damit haben wir zwei Drittel, also den grössten Teil, ohne eine einzelne Einschränkung für einzelne Personen ersetzt, denn ganz ehrlich, ob Sie jetzt mit einem Elektroauto fahren oder nicht, das können Sie mir nicht als Einschränkung verkaufen. Das weitere Drittel zu reduzieren wird deutlich komplizierter. Wir haben hier noch die Kehrlichtverbrennungsanlagen, hier braucht es Carbon, Capture and Storage (*CO₂-Speicherung*). Das ist das, was kostet. In der Landwirtschaft ist es im Moment noch offen, ob und wie das angegangen werden kann. Bei der Industrie wird es so sein, dass man alle Gasanwendungen, wo es technisch möglich ist, auf Strom umstellt oder dann, wenn möglich, durch Wasserstoff ersetzt. Dieser Teil ist natürlich auch noch schwierig. Dann braucht es NET, Negative Emission Technologies. Die braucht es, um noch den ganzen Rest, nämlich das, was man noch nicht geschafft hat, der Atmosphäre wieder zu entziehen oder irgendwo direkt abzuscheiden. Das sind die Massnahmen. Sie sehen, die zwei Drittel, die sind die normale Dekarbonisierung, Gebäude und Verkehr. Das ist der einfache Teil. Der schwierigere Teil, in den müssen wir noch sehr viel investieren. Das Ziel ist aber genügend flexibel formuliert: Es steht ja, spätestens 2050. Deshalb sehe ich das als grundsätzlich machbar an.

Ich weiss nicht, warum sie immer wieder den Vorwurf einbringen, man wolle hier die Welt retten. Es geht um nichts anderes, als einen Beitrag zu leisten an die Lösung eines globalen Problems. Das kann der Kanton Zürich tun. Er kann sich ein Ziel setzen, so oder anders. Ich bitte Sie deshalb, diesem Gesetz zuzustimmen. Besten Dank

*Detailberatung
Titel und Ingress*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I. Das Energiegesetz vom 19. Juni 1983 wird wie folgt geändert:

§ 1, 1 a

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Titel vor § 8a, Titel nach § 8d

Keine Bemerkungen; genehmigt.

§§ 8 f, 8 g, 8 h, 8 i

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Titel vor Gliederungstitel

Keine Bemerkungen; genehmigt.

§ 14 a

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Titel vor § 17

Keine Bemerkungen; genehmigt.

II. Das Kantonsratsgesetz vom 25. März 2019 wird wie folgt geändert:

§ 81

Keine Bemerkungen; genehmigt.

III., IV, V

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsident Jürg Sulser: Damit ist die Vorlage redaktionell durchberaten.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 97 : 70 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage 5921b zuzustimmen.

Das Geschäft ist erledigt.